

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlösung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh

Politik und Moral.

Die Art, wie in der letzten Woche die Beschuldigung, welche gegen den Präsidenten des Senats, Bräsel, erhoben wurde, er hätte mit nicht weniger als elf Millionen Kronen tschechische Politiker und Parteien bestochen, erledigt wurde, hat geoffenbart, daß die Moral der herrschenden Regierungskreise mit dem sittlichen Empfinden der breiten Massen der Bevölkerung in schreiendem Widerspruch geraten ist: Ein Gegenjag in den moralischen Anschauungen zwischen Regierenden und Regierten hat sich aufgetan, der für die tschechoslowakische Demokratie und für das notwendige Ansehen, das jedes demokratische Regime in der Bevölkerung genießen muß, will es sich erhalten, sehr bedenklich ist.

In einem demokratischen Staat sind die Regierenden nichts anderes als Vollzugsorgane der Mehrheit der Bevölkerung. Die notwendige Übereinstimmung zwischen Regierung bezw. Parlamentsmehrheit und Bevölkerung kann nur dadurch hergestellt werden, daß alle Handlungen der Regierung im hellsten Licht der Öffentlichkeit vor sich gehen, daß die Bevölkerung, und insbesondere die gesetzgebende Körperschaft, die Möglichkeit haben, die Taten der Regierung zu kontrollieren. Für einen demokratischen Staat muß es eine Ehrenpflicht sein, jede dunkle Affäre, von der in der Bevölkerung mit Interesse und Anteilnahme gesprochen wird, aufzuklären, die regierenden Kreise von jedem Verdacht, daß sie die Macht ausüben zum Zwecke ihrer persönlichen Bereicherung verwenden, reiflos zu reinigen.

Wir befinden uns mit jedem rechtlich denkenden Menschen in Übereinstimmung, wenn wir behaupten, daß die schweren Beschuldigungen, die gegen den Senatspräsidenten erhoben wurden, nicht vollständig aufgeklärt worden sind. Wohl hat der Beschuldigte in einer Erklärung, die er den Oppositionsparteien abgab, festgestellt, daß weder tschechische Politiker noch ganze Parteien etwas von den märchenhaften Gewinnen der Spiritusverwertungsgesellschaft erhalten haben, sondern daß der Fonds von elf Millionen „zugunsten der Ausgleichung wirtschaftlicher Unebenheiten“ verwendet wurde. Für die öffentliche Moral ist die Angelegenheit mit dieser typischen Erklärung nicht abgetan. Es wäre die Pflicht des Abgeordnetenhauses gewesen, sich von der Spiritusverwertungsgesellschaft, bezw. vom Präsidenten Bräsel, die Bücher vorlegen zu lassen, in denen auf Krone und Heller die Verwendung des Fonds nachgewiesen worden ist. Nichts von alledem ist geschehen! Die Koalitionsparteien geben sich mit dieser formalen Erklärung zufrieden, zufrieden, der Staub, der in der Koalition aufgewirbelt wurde, hat sich gelegt, und das Regieren kann wieder seinen Fortgang nehmen. Auch eine andere Angelegenheit, die in einer Interpellation der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten festgestellt wird, das Geschenk des Finanzministeriums an die Zivnostenska Banka im Betrage von 250 Millionen Kronen, ist bisher nicht aufgeklärt worden, ja das Furchtbare ist, daß diese letztere Angelegenheit die Öffentlichkeit gar nicht zu interessieren scheint, daß die Mehrzahl der in der Tschechoslowakei erscheinenden Blätter — nicht nur die tschechischen, sondern auch die deutschen — davon überhaupt keine Notiz nehmen und die Öffentlichkeit von solchen Dingen gar nicht mehr aufgeregt wird.

Traurig ist es für die tschechische Geistesfreiheit, wie diejenigen behandelt werden, die davon reden, daß den Korruptionsaffären mit Energie nachgegangen werden möge. Der bedeutendste Literatur- und Kunstkritiker, den die tschechische Nation hat, und den man sonst, wenn er sich nicht um Politik kümmert, begeisternde Loblieder singt, J. E. Salda, hat darauf hingewiesen, was das tschechoslowakische Volk von seinem Staat erwartet und wie sich demgegenüber das öffentliche Leben seit der Schaffung der Republik entwickelt hat. Statt daß die Herrschenden durch das Auftreten eines von

Ein Reichstanzler wird gesucht.

Aus der Kandidatenliste: Jarres, Stresemann, Kardorff (Volkspartei), Stegerwald (Zentrum). — Die Sozialdemokratie wartet ab.

Berlin, 24. November. (Eigenbericht.) Bisher herrscht noch völlige Ungeklärtheit darüber, wie das künftige Kabinett aussehen wird. Auf Anregung des Zentrums hat heute der Reichspräsident den volksparteilichen Abgeordneten von Kardorff befragt, ob er die Bildung der neuen Regierung übernehmen wolle. Kardorff hat sich Bedenkzeit ausbedungen. Es ist anzunehmen, daß er zunächst Fühlung nach rechts und links nehmen wird, um zu erfahren, wie dort das Kabinett unter seiner Führung beurteilt werden würde. Kardorff gehörte früher der Deutschnationalen Volkspartei an, ist dort aber ausgetreten und zur Deutschen Volkspartei übergegangen, weil er die verlorene Politik der Deutschnationalen nicht mehr gutheißen konnte. Die Stellung der Sozialdemokraten zu einem solchen Kabinett würde natürlich nicht vom Charakter Kardorffs abhängen, sondern von der Politik, die er betreibt. Sollte Kardorff ebenso zwischen links und rechts hin und her schwanken und sich im entscheidenden Augenblick stets an die Deutschnationalen anlehnen, wie es Herr Stresemann getan hat, so wird die Sozialdemokratie auch für ihn in schärfster Gegnerschaft treten.

In Zentrumskreisen neigt man dazu, das bisherige Kabinett wieder herzustellen, mit einem neuen Reichstanzler an der Spitze. In einer Sitzung dieser Partei hat Herr Stegerwald, der ehemalige Ministerpräsident in Preußen, selbst den Vorschlag gemacht, ein Kabinett unter Kardorff zu bilden. Aber es besteht die Möglichkeit, wenn Kardorff ablehnen sollte, Herrn Stegerwald als Reichstanzler vorzuschlagen, in dessen Kabinett Stresemann das auswärtige Amt übernehmen soll. Stegerwald tritt schon seit Jahren für die Herstellung des bürgerlichen Blocks mit Einschluß der Deutschnationalen ein. Man kann also von ihm ein Kabinett erwarten, das vor allem das Vertrauen der Deutschnationalen zu erwerben suchen wird.

Es ist kaum anzunehmen, daß vor Montag die neue Regierung zustande kommen wird. Die Sozialdemokratische Partei steht außerhalb der Vermählungen um die Regierungsbildung. Sie wird ihre Stellungnahme erst dann präzisieren, wenn die neue Regierung dem Reichstag ihr Programm vorlegen wird.

Kardorffs Mission gescheitert.

Berlin, 24. November. (Eigenbericht.) Kardorff verhandelte zunächst mit den deutschnationalen Abgeordneten Herzt, später mit dem Zentrumsführer Marx und dem Vorsitzenden der demokratischen Fraktion Petersen. Vor Be-

der ganzen Nation geachteten Schriftstellers befragt werden, Einsicht zu haben, werden auf den Mann, der sich erlaubt hat, das wahnwitzige Gewissen seiner Nation zu sein, ganze Klügel voll Schimpf und Schmähungen geschüttelt. Die herrschende Moral einer Zeit ist die Moral der herrschenden Klassen, und die herrschenden Klassen der Tschechoslowakei, vor allem die tschechische Bourgeoisie, glauben, daß die Begründung der Tschechoslowakischen Republik keinen anderen Sinn gehabt habe, als daß die tschechischen Kapitalisten stark, mächtig und reich werden. Was dazu beiträgt, den tschechischen Kapitalismus zu stärken, wird als ein patriotisches und die Nation förderndes Tun erachtet. Die Massen der tschechischen Bevölkerung jedoch, die zu den wirtschaftlich ausgebeuteten gehören, die Millionen von Kleinbürgern, Kleinbauern und Arbeitern werden allmählich die Moral ihrer herrschenden Klasse durchschauen und sich mit Abscheu abwenden von einer Bourgeoisie, die um ihre kapitalistisch-egoistischen Zwecke zu erreichen, die Liebe zur Nation und zum Vaterland, die die tschechische Bevölkerung hat, schamlos mißbraucht. Es ist uns nicht bekannt, ob die tschechoslowakische Sozialdemokratie mit der Austragung der Spiritusaffäre, wie sie dem Herrn Bräsel beliebt, einverstanden ist. Die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten werden, wie ihr Klub beschlossen hat, eine Regelung der

ginn der Fraktionsführung der Volkspartei verweigerte sich Kardorff der Mitarbeit der bisherigen Post-, Ernährungs- und Arbeitsminister. Für die übrigen Minister nahm er Nichtparlamentarier in Aussicht, so für das Wirtschaftsministerium den tschechischen Generaldirektor Minoux. Die Pläne Kardorffs wurden jedoch hinfällig infolge der Ablehnung der Deutschnationalen und der Stellungnahme seiner eigenen Fraktion. Kardorff mußte deshalb gegen 9 Uhr abend den Wunsch, die Kabinettsbildung zu übernehmen, ablehnen.

Jarres — Kanzler-Kandidat.

Berlin, 24. November. (Eigenbericht.) In den späten Abendstunden verlautet, daß nach der Ablehnung der Kabinettsbildung durch Kardorff der Reichspräsident dem bisherigen Minister des Innern Jarres die Neubildung der Reichsregierung übertragen werde. Jarres steht auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei.

Eine französische Stimme zum Sturz Stresemanns.

Berlin, 24. November. In dem Sturz Stresemanns schreibt der „Temps“, daß Stresemann, wie es scheint, bald wieder zur Macht zu kommen gedenkt und daß es sich im ganzen mehr um eine Aenderung der Szene als um ein Drama handelt. Die tatsächliche Autorität befindet sich in den Händen des Generals von Seeckt. Das überaus wichtige Problem der Währung sei Herrn von Seeckt anvertraut, dessen Erfahrung und Wissen die französischen Sachverständigen in so hohem Maße schätzen gelernt haben. Wenn es auch nicht gleichgültig ist, wer künftig im Namen des Deutschen Reiches sprechen wird, so ist es doch viel wichtiger, zu wissen, was er sprechen wird.

Die Sozialdemokraten gegen das Schandverbot.

Berlin, 24. November. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die heute vormittags eine Sitzung abgehalten hat, beauftragte den Fraktionsvorsitzenden, eine Interpellation über das Verbot politischer Parteien durch den militärischen Befehlshaber im Reichstag einzubringen.

Das verbrecherische Parteiverbot wirkt.

Berlin, 24. November. Im Laufe des geistigen Tages sind auf Veranlassung der militärischen Dienststellen in Berlin etwa 40 Hausdurchsuchungen durch Beamte der politischen Polizei bei den Deutschvölkischen und den Kommunisten vorgenommen worden. Außer den Parteizentralbüros wurden sämtliche Zahlstellen und die Redaktion der „Roten Fahne“ und des „Deutschen Tageblatt“ geschlossen und versiegelt. Den Angestellten der Parteibüros und der beiden Zeitungen wurde verboten, für die Organisation weiter zu arbeiten. In beiden Lagern ist viel Material beschlagnahmt worden.

Bereits in der Hungertatartrope.

Berlin, 24. November. (Eigenbericht.) In einer unheilbaren Lage ist der Lebensmittelhandel dadurch gekommen, daß die Differenz zwischen den amtlichen Devisenkursen und den Kursen, die nach der Bewertung der Mark im Ausland gerechnet werden, immer größer wird. Seit einigen Tagen notiert der Dollar amtlich an der Berliner Börse mit 42 Billionen, während er nichtamtlich heute bereits sechs bis neun Billionen, im besetzten Gebiet sogar noch beträchtlich höher bewertet wurde. Der Händler richtet sich aber nicht nach den amtlichen Kursen, sondern nach der Preisnachfrage im freien Verkehr. Dagegen werden die Löhne und Gehälter nur nach den amtlichen Kursen berechnet. Sämtliche Lebensmittel steigen ununterbrochen. Es ist für die minderbemittelte Bevölkerung ein fast unmögliches, selbst nur das Existenzminimum zu erreichen. Eine Reihe wichtiger Lebensmittel ist ganz vom Markte verschwunden, weil die Großhändler und Produzenten sie nur noch gegen ausländische Zahlungsmittel abgeben wollen.

Erk ausgesperrt, dann zusammengepfiffen.

Düsseldorf, 23. November. (Sabas.) In der Stadt kam es neuerlich zu Unruhen und Blünderungen. Auch aus Köln, Steel und Rorhausen (?) werden solche gemeldet. Bei den Zusammenstößen wurde ein Polizist getötet. In Essen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Ausgesperrten und Arbeitslosen, ungefähr 10.000 Personen, und der Polizei, wobei ein Polizist getötet und zwei verletzt wurden. Auf Seite der Arbeiter wurden etwa zwanzig schwer verletzt. Die französischen Wachen unterstützen die Polizei.

Infolge des Verbotes von Arbeitereinstellungen haben einige Gruben von der Aussperrung Abstand genommen und die Arbeit wieder aufgenommen. Auch die Kruppwerke haben die Arbeitereinstellungen eingestellt.

Das deutsch-französische Anztrabkommen

Düsseldorf, 24. November. Trotz allen Bemühungen, der Werke, den Abschluß zu verhüten, hat gestern abends Bögeler namens der Herren Käufel, Hugo Strinnes und Thyssen den Vertrag mit der „Micum“ unterzeichnet. Bögeler zeigte den Leitern der Kommission an, daß er die Vollmacht habe, für die anderen Unterhändler zu unterschreiben. Er erklärte, daß er die Unterschrift nur gebe, um den vollen Ruin der Ruhrindustrie zu verhüten, daß er aber die Verantwortung habe, daß die Bedingungen der Ingenieurkommission nur sehr schwer zu erfüllen seien. Die Leiter der französischen Mission hörten die Erklärung schweigend an und legten den Vertrag zur Unterschrift vor. Bögeler unterschrieb und verließ ohne jede weitere Bemerkung das Zimmer. Die Freude über diesen Erfolg ist in Paris sehr groß. Es wird ausgerechnet, daß 30 Prozent der Ruhrindustrie für die Reparationskommission arbeiten.

Als wesentlichste Punkte des Abkommens werden folgende 6 Paragraphen bezeichnet: 1. Die im Vertrage genannten Werke zahlen für die Kohlensteuer vom 1. Jänner bis 1. November 15 Millionen Dollar oder 279 Millionen Franken; 2. die Industriellen haben in Zukunft von jeder verkauften Tonne 10 Franken an die Ingenieurkommission zu entrichten; 3. sie haben 18 Prozent der Rettoproduktion umsonst an die Entente abzuliefern; 4. die Bestände am 1. Oktober 1923 bleiben Eigentum der alliierten Besatzungsbehörden; 5. das System der Aushilfsleistungen bleibt in Kraft; 6. die Lieferungen von Nebenprodukten, wie Teer, Benzol usw. werden Gegenstand besonderer Abmachungen sein.

Die Deutschen vor der Reparationskommission.

Paris, 24. November. Ueber die gestrige Sitzung der Reparationskommission wird mitgeteilt: Der Vorsitzende Barthou wies darauf hin, daß die deutsche Regierung die Reparationskommission durch ihre Notizen vom 24. Oktober und 2. November d. J. mit verschiedenen Fragen befaßt habe. Er fordert die deutschen Vertreter auf, die gewünschten Ausführungen zu den in den Notizen aufgeworfenen Fragen zu machen. Im Namen der deutschen Delegation gab Staatssekretär Fischer zunächst einen Überblick über die wirtschaftliche Lage des Reiches und ihre Ursachen und Auswirkungen auf die deutsche Leistungsfähigkeit. Er hob den Standpunkt der deutschen Regierung, daß die Ruhrbesetzung rechtswidrig sei, erneut hervor und wies darauf hin, daß nur die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Wirtschaft die Finanzen in Ordnung bringen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder erwecken könnte. Darauf gab er eine eingehende Darlegung der ergriffenen und beabsichtigten Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen und der Währung, wie z. B. die Umstellung der Staatseinnahmen auf Gold, die äußerste Einschränkung der Ausgaben und der Zurückdrängung wohlverdienter Rechte und Fürsorgemaßnahmen (1), sowie die Einstellung der Notenpresse. Er setzte darauf auseinander, daß die Notwendigkeit, diese Reformen durchzuführen, die deutsche Regierung zu einem Eingreifen in die Sachlieferungsverträge gezwungen habe. Der deutsche Delegierte gab weiters kurz Kenntnis von dem Inhalt einer gleichzeitig von ihm übergebenen Denkschrift zu den belgischen Studien und erklärte, daß die Studien unter den angegebenen vollen Voraussetzungen eine geeignete Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems bilden können. Schließlich wies er in eindringlichen Worten auf den ungesunden Ernst der Stunde hin und appellierte an das Verantwortlichkeitsgefühl der Reparationskommission.

Reminiszenzen.

Paris, 24. November. (Havas.) Bei der Auseinandersetzung, die in der Deputiertenkammer gestern zwischen Lardieu und Poincaré erfolgte, erklärte letzterer, er habe häufig mit den französischen Delegierten auf der Friedenskonferenz nicht übereingestimmt: Auch hätten diese mit dem Marschall Foch nicht übereingestimmt. Auf den Einwurf eines Deputierten, daß er demnach von dem Posten eines Präsidenten der Republik hätte zurücktreten sollen, erwiderte Poincaré, er hätte sich tatsächlich im Jahre 1919 mit Rücktrittsgedanken getragen, als er sich mit Clemenceau in der Frage des Garantiepaktes nicht einigen konnte. Er habe aber nach, mit den Präsidenten der Kammer und des Senats und dem Marschall Foch, gepflogenen Beratungen, sowie nach Prüfung seines Gewissens beschloßen, auf seinem Posten zu verbleiben.

Marschall Foch von Arbeitern ausgewiesen!

Paris, 24. November. Bei dem heutigen Zeichenbegangnis des Organisations der katholischen Turnvereine Dr. Michaux, dem auch Kardinal Dubois und Marschall Foch, sowie viele offizielle Persönlichkeiten beiwohnten, kam es zu einem Zwischenfall. Als der Leichenzug den Boulevard Raspail passierte, piffen und schrien die bei einem Neubau beschäftigten Arbeiter. Als sich gegen ihr Benehmen aus der Menge Proteste erhoben, bewarfen sie die protestierenden Personen, die sich vor dem Hause angesammelt hatten, mit Steinen. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her.

Blutarch hat gelogen!

Von Felix Stöckinger (Verlin).

Der griechische Historiker Plutarch hat einige hundert Jahre nach den Ereignissen eine Serie Geschichtsbilder geschrieben, in denen er berühmte griechische und römische Helden einander gegenüberstellte. Ob seine Darstellungen auf Wahrheit beruhen, kann heute so leicht nicht nachgeprüft werden. Aber der hohe französische Militär, Jean de Pierrefeu nennt ein ausserordentliches Buch nicht demwegen „Plutarch hat gelogen“ nach dem seit zweitausend Jahren toten Historiker, weil er Plutarch für einen besonderen Lügner hält, sondern weil Plutarch, wie so viele andere Griechen und Römer noch heute in Frankreich gelesen wird, weil er dem großen Publikum als der Historiker schlechthin bekannt ist, und weil Jean de Pierrefeu mit seiner kleinen unigen Schrift nichts anderes sagen will, als daß so gut wie jede Geschichtsschreibung Lüge ist, und auch alles das, was heute dem französischen Volk und jedem anderen Volke von seinen Generalen und über seine Generale erzählt wird, Ammenmärchen sind. Freilich, in einem besiegten Lande die Generale zu kritisieren, ist nicht so schwer, selbst in Deutschland nicht, wo sie, statt kriegerisch erschossen zu werden, Memoiren gegen ihre eigene Armee schreiben. Aber daß in dem Siegerlande Frankreich ein Militär, der ausnehmend den ganzen Krieg in hohen Positionen mitgemacht hat, den Mut findet, die vergötterten Helden und Befreier des Vaterlandes im Ganzen und Großen als unbedeutende Persönlich-

Noch einige Jahre Kriegszustand in Mitteleuropa?

London, 24. November. (Havas.) Ministerpräsident Baldwin, welcher in Tenbury eine Rede hielt, erklärte, der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteleuropas werde durch das ungeregelte Verhältnis Frankreichs zu Deutschland aufgehalten. Da dieser Zustand noch einige Jahre andauern wird, müsse einverleiben für eine Remedur der Arbeitslosigkeit gesorgt werden.

Die nächste Tagung des Völkerbundes.

London, 24. November. (A.P.) Der Völkerbund wird wahrscheinlich am 19. Dezember in Genf zu seiner 27. Session zusammentreten. Unter den wichtigsten Fragen, die auf der Tagesordnung dieser Session stehen, befinden sich nachfolgende: Der Bericht einer besonderen juristischen Kommission, die sich über die Interpretation der Völkerbundverträge sowie über andere Fragen des internationalen Rechtes, die anlässlich des italienisch-griechischen Konfliktes aufgeworfen sind, auszusprechen sollen. Weiters der Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes über die finanzielle Hilfe an Ungarn. Der Plan für die finanzielle Hilfe an Ungarn wird nach seiner Genehmigung durch den Völkerbund der Reparationskommission vorgelegt werden, von der man erwartet, daß sie ihr Pfandrecht gegen Ungarn aufheben und den Völkerbund ersuchen wird, die vom Völkerbund ausgearbeiteten Vorschläge durchzuführen.

Berühmung im Wiener Lohnkonflikt.

Wien, 24. November. (Eigenbericht.) Der Lohnkonflikt in der Wiener Metallindustrie hat heute eine außerordentlich schwere Verschärfung erfahren. Dem Bunde der Industrieangestellten wurde heute von der Unternehmerorganisation schriftlich mitgeteilt, daß er es ablehne, mit den Angestelltenvertretern die Lohnverhandlungen fortzusetzen, insofern der Teilstreik in der Elektroindustrie andauere. Zugleich wird in dem Schreiben erklärt, daß die Unternehmervertreter an den für Montag anberaumten Einigungsverhandlungen nicht teilnehmen werden.

Kurze Auslandsmeldungen.

Bruderkampf im Hause Bayern.

Berlin, 24. November. General Ludendorff veröffentlicht in der ihm nahestehenden Presse eine Erklärung, daß für ihn Kapitän Erhardt als Führer der völkischen Deutschen nicht in Betracht kommt.

Schon wieder einer!

Berlin, 24. November. Dem ehemaligen Leutnant Krull, der unter dem Verdachte des Mordes an Rosa Luxemburg steht, ist es heute, wie eine Korrespondenz meldet, gelungen, in das Ausland zu entweichen.

Ihr schützt die Bitterbanditen.

München, 24. November. (Wolff.) Das Generalstaatskommissariat teilt mit, daß das Verfahren wegen der Vorgänge am 8. und 9. November bereits bei den bayerischen Juristenbehörden anhängig sei, und daß eine Auslieferung an den Staatsgerichtshof der Republik daher nicht in Frage komme.

Schwierige Regierungsbildung in Holland.

Haag, 24. November. Der Vorsitzende der zweiten Kammer Koolen hat der Königin gemeldet, daß er nicht in der Lage sei, dem Ersuchen, die Kabinettsbildung zu übernehmen, zuzugeben.

Demokratie und Staatsvoranschlag.

Das Maß der Klarheit, mit der ein Budget der Volkvertretung vorgelegt wird, ist zugleich das Maß des demokratischen Verantwortlichkeitsgefühls einer Regierung und Parlamentsmehrheit. Daran, daß der diesjährige Voranschlag jene Klarheit und Unzweideutigkeit vermissen läßt, die höchstes Verantwortlichkeitsgefühl einer Regierung gegenüber der Volkvertretung und der gesamten Bevölkerung Mitierern müßte, erkennt man, daß nicht nur zur sozialen Demokratie, sondern zur rein parlamentarischen Demokratie in der Tschechoslowakei noch ein weiter Weg führt. Einige Beispiele mögen das erweisen:

Im Kapitel 7 des Finanzgesetzes wird zunächst ausgeführt, daß der Finanzminister ermächtigt wird, die durch Einnahmen ungedeckten Staatsausgaben bis zur Höhe von 603 Millionen Kronen durch Kredittoperationen sich zu beschaffen, das heißt mittels einer Anleihe oder Kassenanweisungen das Defizit im Staatshaushalt zu decken. So weit, so gut! Gleich danach aber erhält der Finanzminister im zweiten Absatz die Ermächtigung „zum Zwecke der Prolongierung, Konversion oder Bezahlung der Staatsschulden, die im Jahre 1924 fällig werden“, die notwendige Kredittoperation durchzuführen. Dieser Passus ist umso auffälliger, als er im vorjährigen Finanzgesetz nicht enthalten war. Zum Zwecke der Prolongierung der Staatsschulden ist eine Kredittoperation oder vielmehr eine Staatsausgabe nicht notwendig, zum Zwecke der Konversion (Veränderung des Zinsfußes, Vereinfachung verschiedener Schulden) ist sicherlich keine größere Summe erforderlich, wohl aber zur Bezahlung irgend welcher Schulden. Die Annahme des Finanzgesetzes ermächtigt also den Finanzminister zur Aufnahme neuer Schulden, um die Zinsen irgendwelcher früherer Schulden, die im Budget nicht angeführt sind, zu bezahlen! Die Staatsschulden bilden selbstverständlich einen integrierenden Bestandteil des Budgets, alle Ausgaben, die sich aus dem Staatsschuldenendienst ergeben, müssen im Voranschlag angeführt werden. Das aber hat der Finanzminister nicht getan, er hat nur einen Teil der Ausgaben für die Staatsschuld in den Voranschlag aufgenommen und auf diese Weise ist es ihm gelungen, ein Defizit herauszurechnen, das nicht größer ist, als 603 Millionen Kronen. In Wirklichkeit übersteigt das Defizit diese Summe, das Budget ist einfach zurechtgestrichelt worden, um die Ausgaben und Einnahmen einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. Außerdem ist dieser Trick, für den sich der Finanzminister und die gesamte Regierung schämen sollten, nicht weniger als ein Durchbruch des Budgetrechts des Parlamentes, da das Parlament gar nicht weiß, wie hoch sich die Ausgaben, zu denen sich der Finanzminister bevollmächtigen läßt, belaufen. Die Regierung muß wohl einen Grund haben, hier nicht mit offenen Karten zu spielen. Sie wird wohl die Absicht haben, irgend eine Anleihe aufzunehmen, von der die Öffentlichkeit nichts wissen soll. Ob es sich um die von Frankreich der Meinen Entente zu gewöhnliche Anleihe handelt, oder um eine andere, wird die nächste Zeit lehren. Jedenfalls werden die Bedingungen der neuen Anleihe solche sein, daß sich die Regierung schon jetzt schert, damit aus Tageslicht zu gehen. Die drückenden Bedingungen dieser neuen Anleihe werden die Steuerzahler schon noch zu härten bekommen und die Produktion wird mit solchen Lasten beschwert werden, daß unsere Industrie auf dem Weltmarkt den Industrien anderer Staaten gegenüber konkurrenzunfähig werden wird.

Ein zweites Beispiel der bewußten Unklarheit des Budgets und der Verschleierung der wirklichen Finanzwirtschaft des Staates ist das so-

genannte Virement. Im Artikel 3 des Finanzgesetzes heißt es nämlich:

Zur Anweisung von Ausgaben, für die im Staatsvoranschlag keine Vorlage getroffen ist, ferner von solchen Ausgaben, durch die ein bewilligter Kredit überschritten wird, und die nicht aus anderen Voranschlagsposten (durch Virements) gedeckt werden können, ist die Zustimmung der Nationalversammlung erforderlich.

Nun wollen wir ohne weiteres zugeben, daß in einzelnen Budgetposten Ersparnisse gemacht werden können, wegen man in anderen Posten mit der veranschlagten Summe das Auslangen nicht findet. Für eine solche Ausgleichung innerhalb desselben Titels des Voranschlages könnte man also ohne weiteres eintreten. Wenn beispielsweise das, was an Mannschaftsgebühren erspart wird, der Verpflegung der Mannschaft zugewendet wird, ist nichts dagegen einzuwenden. Aber die Ermächtigung zu Virements im Finanzgesetz erstreckt sich auf den Ausgleich der Zahlungen im gesamten Staatsvoranschlag. So kann der Nationalverteidigungsminister die Ersparnisse, die er an Mannschaftsgebühren erzielt, zur Erzeugung von Munition verwenden. Der Minister für soziale Fürsorge kann Ersparungen aus dem Titel der Arbeitsloshausfürsorge für die Zentralverwaltung seines Ministeriums verwenden. Auch da wird also das Budgetrecht des Parlamentes überschritten. Es werden Ausgaben gemacht, von denen die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften keine Ahnung haben, die Finanzwirtschaft des Staates steht unter der Kontrolle des Parlamentes, sondern eine Diktatur der Ministerien schaltet und waltet mit den Einnahmen des Staates nach Belieben.

Schließlich wollen wir noch auf Kapitel 8 des Finanzgesetzes aufmerksam machen. Eine Reihe von Bahnen, die dem Staat nicht gehören, befinden sich in der Verwaltung des Staates. So zum Beispiel die Kaschau-Oderberger Bahn. Der Voranschlag solcher Bahnen könnte entweder zur Gänze im Budget erscheinen, oder überhaupt nicht. Entweder man stellt die Einnahmen und Ausgaben solcher Bahnen in den Staatsvoranschlag und belastet die gegenwärtigen Besitzer mit dem Defizit, oder man löst die Finanzwirtschaft dieser Bahnen vom Staatsvoranschlag los. Aber es geschieht keines von beiden. Die Einnahmen und Ausgaben der Kaschau-Oderberger Bahn kommen im Staatsvoranschlag wohl nicht vor, aber in dem erwähnten Artikel des Finanzgesetzes läßt sich der Eisenbahnminister ermächtigen, mit Beträgen bis zu 160 Millionen Kronen bei der Kaschau-Oderberger Bahn und 110 Millionen Kronen bei den anderen in der Verwaltung des Staates befindlichen Privatbahnen das Zinsenerfordernis, die Amortisation der nichtfundierten Schulden, den Bedarf für den Prioritäten- und Aktiendienst sowie die sonstigen Verwaltungsauslagen zu bestreiten. Diese 270 Millionen Kronen, zu deren Ausgabe der Eisenbahnminister ermächtigt wird, kommen nun auf der Passivseite des Budgets überhaupt nicht vor! Auch hier hat man, um das Gleichgewicht des Staatshaushaltes nicht zu stören, diesen Betrag einfach aufgelassen. Mit einer solchen Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit wird bei uns der Steuervoranschlag ausgearbeitet. Und dazu kommt noch, daß die staatliche Verwaltung der Kaschau-Oderberger Bahn nicht einmal gesetzlich erfolgt, weil ein solches Gesetz dem Parlament nie vorgelegt wurde. Die Ausgabe der Summe von 270 Millionen ist also ungesetzlich. Selbst der Generaldirektor für das Budget im Abgeordnetenhaus hat in seiner Rede zugegeben, daß es „aus formellen Gründen“ besser gewesen wäre, im Wege eines Gesetzes die Kaschau-Oderberger Bahn in die Staatsverwaltung zu übernehmen.

In diesen wenigen Beispielen, die sich durch Ausgaben aus jedem Budgetkapitel vermehren

lassen darzustellen, die ihre Siege nicht ihrem Feldherrngenie, sondern einer undurchsichtigen Kombination von Zufall, Klug, telephonischen Hörsehern, Mißverständnissen, „Schlamperei“ und Soldatenbravour verdanken — das ist noch ein Akt des Bürgermutes, zu dem wir nicht nur den glänzenden Schriftsteller beglückwünschen, um den wir auch Frankreich beneiden können. Das Buch ist außerdem nicht nur in Frankreich erschienen, sondern ist auch in Frankreich von der Leserschaft verschlungen worden. Auch in Deutschland, dem es eben durch eine sehr gute Uebersetzung des Verlags Rowohlt gegeben wird, sollte es sehr beachtet werden. Denn es enthält einige ganz große und wichtige Wahrheiten.

Pierrefeu gibt, um den Leser seine Wahrheiten mitteilen zu lassen, eine Analyse der großen und entscheidenden Epochen des Weltkriegs: erstens der deutschen Offensive, zweitens des Weglaufs zum Meere, drittens der massierten Schlachten, viertens der letzten Entscheidung. Während nun die französische Kriegselende die Dinge so darstellt, als hätten sie sich mit wunderbarer Planmäßigkeit entwickelt, zeigt Pierrefeu, wie die Dinge wirklich waren. An Stelle der schöngezeichneten Gemälde sehen wir ein ziemlich wirres Durcheinander, aus dem sich erst nach und nach die Ereignisse entwickeln. Während die Phantasie noch immer den Feldherrn auf einer Art Hügel sieht, von wo aus er mit ausgestreckter Hand den Truppen ihre Stellungen anweist, oder während man, wenn weniger fischig ist, an langen Tischen einen Kriegsrat sieht, in dem mit genialer Uebersetzung Zug um Zug bestimmt wird, zeigt Pierrefeu, wie die Ereignisse den Generalen ihre Beschlüsse aufgezwungen haben, wie sich

mühsam gegen die eigentlichen Kriegspläne ganz neue Ideen entwickelt haben, und daß schließlich immer irgend ein wahrer Zufall, die Kühnheit eines Unternehmers, der Fehler des Gegners, wie mit einem Wort immer durch das Abweichen von der Kriegregel, der Sieg zustande gekommen ist.

Was will Pierrefeu damit sagen? Er will beweisen, und er beweist es, daß der gewaltige Weltkrieg alles Militärische über den Haufen geworfen hat. Der General ist für ihn unter den heutigen Kriegszuständen eine Zusammenfügung von Schneider, Schuster, Lebensmittelhändler, Transportagent und Chemiker. Da aber der General seinem innersten Wesen nach dies garnicht sein kann, sind es die eigentlichen bürgerlichen Tugenden, die heutzutage entscheidend sind. Frankreich hat nach Pierrefeu gestiftet durch den Angehörigen höherer Offiziere, durch die Tugend und die Tapferkeit der unteren Offiziere, durch die Macht und den Reichtum des Meeres und durch die Ueberwindung der rein militärischen Denkweise durch die Gegenkräfte des Bürgertums und der Demokratie. Deutschland hat dagegen den Krieg verloren, dadurch, daß die sogenannte militärische Notwendigkeit alle bürgerlichen und demokratischen Kräfte unterdrückte und so gerade dem Militär, weil er nur Militär sein wollte, der Sieg unmöglich gemacht wurde. Für Pierrefeu ist Napoleon der letzte Feldherr alten Stiles. Der Weltkrieg, der den Militärkrieg abgelöst hat, hat gleichzeitig die militärische Form und den gesamten militärischen Inhalt zerstört. Wie Napoleon „in seinem großen Mantel im Schneegeflübel durch die Unendlichkeit der bereisten Stätten flieht, das

ist das Bild des Militärs im Angesicht des Volkstriebs.“ Mit reizender Ironie schildert Pierrefeu, wie das französische Hauptquartier das deutsche und wie das deutsche Hauptquartier das französische um ein vermutetes Plus an militärischer Autorität beneidet, ein Beweis dafür, daß jeder militärische Organismus in seiner Unerfälligkeit niemals genügend Autorität zu haben glaubt.

Unser neues Zeitalter schließt aber eine solche Autoritätsmacht nicht nur aus, sondern es nimmt auch dem Volke den Sieg und überhaupt jede Lebensfähigkeit, das sich einer militärischen Autorität in zu hohem Maße ergibt und damit auf die Auswirkung der eigenen Energie Verzicht leistet. Wundervoll drückt das Pierrefeu in folgenden Sätzen aus: „Die Menschheit hat mit dem Personalismus der repräsentativen Männer Schluß gemacht; sie tritt ein in die kollektive Periode. Das Genie besteht von nun an nicht mehr darin, daß es allein kommandiert, sondern im Gegenteil, daß es sich alle Talente zunutze macht. Das Oberhaupt einer modernen Nation kann nicht mehr ein Despot sein, sondern ein Organisator, ein Zusammenfasser der Energie u. Intelligenzen auf allen Gebieten. Für die selbstständig gewordene Menschheit des zwanzigsten Jahrhunderts, wo alle Menschen frei geworden sind, ist keine Hand stark genug, um sie zu führen. Diese enorme Aufgabe bewältigen in allen Ländern nur noch disziplinierte Gesamtheiten, die von einem wahrhaft nationalen Geist befeuert und des Kostengeistes entleert sind.“

Das Zitat war lang, aber es hat wohl gelohnt. Nachdem Pierrefeu gezeigt hat, daß Joffre dadurch flohe, daß er seinen Kriegsplan nicht

liegen, erficht man wohl zur Genüge, wie gering der Sinn für Gerechtigkeit bei Regierung und Parlamentsmehrheit entwickelt ist. Die Regierung sucht zu verheimlichen, was sie kann und bezieht sich dabei der legislativisch zweifelhafte Mittel. Die Koalitionsmehrheit sieht dieser Untergrabung von Verfassung und Gesetz ruhig zu. Es läßt sie kalt, daß aus der Demokratie, die im Verfassungsgesetz feierlich verkündet wird, eine hinführende Demokratie gemacht wird, die nicht Selbstregierung und Selbstverwaltung bedeutet, sondern den Absolutismus der Ministerien, die Diktatur der Regierungsmehrheit. Darum dürfen sich weder Regierung noch Koalition noch endlich die tschechische Sozialdemokratie wundern, wenn wir immer wieder behaupten, daß die tschechoslowakische Republik auf den Ehrentitel eines Staates, der in allen Teilen der Verfassung und Verwaltung das Bild einer wahrhaften Demokratie bietet, keinen Anspruch erheben kann.

Der Zwang der Koalition.

In der Freitag-Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt Genosse Uhl eine Rede, der wir Folgendes entnehmen:

In diesem Hause ist es so, daß das gesamte Haus, die Majorität und die Opposition, immer vor fertige Tatsachen gestellt wird. Es liegt dies in dem gegenwärtigen Regierungssystem begründet, es liegt dies im Wesen der Koalition.

Die Koalition ist nicht nur Zwang für die Mehrheitsparteien und für alle ihr Angehörigen, sie bedeutet auch Zwang für die Opposition.

Wäre dieser Zwang nicht vorhanden, würde die Koalition diesen Zwang nicht streng und scharf durchführen, dann wäre sie unmöglich. Die scharfen Gegenläufe innerhalb der Koalition würden sie selbst sprengen. Alles, was uns vorgelegt wird, muß ohne Aenderung angenommen werden. Denn die geringste Aenderung an irgendeinem Gesetz, — es trifft dies auch auf den Staatsvoranschlag zu, — würde sofort den Reid und das Mißtrauen der Koalitionsparteien gegeneinander erwecken. Die Majorität und die Minorität sind nicht in der Lage, etwas zu ändern, und die ganzen Verhandlungen, die hier durchgeführt werden, sind eigentlich nur Scheinverhandlungen. Man täuscht parlamentarische Verhandlungen vor, man täuscht parlamentarische Verhandlungen vor. Ministerpräsident Švebha hat wohl kürzlich gesagt, daß gerade dieser Zwang, dem sich alle Koalitionsparteien unterordnen müssen, ein Vorteil sei. Gewiß, in anderen Staaten gibt es auch Koalitionsregierungen. Aber wir finden, daß nirgends dieses System so ausgebildet wird, wie im tschechoslowakischen Staat, wir sehen nirgends, daß die Mehrheitsparteien, die Regierungsparteien, Gefangene sind der Koalition, wie es in diesem Staat ist. Wir sehen nirgends dieses vollständige Einfügen, dieses blinde Variieren, wie es gerade in diesem Hause zu bemerken ist. Wenn man anderswo nicht übereinstimmt, geht eben die Koalition auseinander.

Man geht daran, eine neue Regierung zu bilden und die neue Regierung sucht sich eine neue Regierungsmehrheit. Diesen einig richtigen Schritt traut man sich hier nicht zu machen.

Denn, wenn man ihn tun würde, wäre es offenkundig, daß, solange man die Fiktion des Nationalstaates aufrecht erhält, dieser Staat eben nur durch diese Koalition regiert werden kann.

Die tschechischen Regierungsmethoden bieten der Welt ein köstliches Schauspiel. Wir bemerken von Zeit zu Zeit, daß sich die Regierungsparteien in der bestmöglichen Weise bekämpfen, daß sie sich gegenseitig bespucken, daß die eine nichts Gutes an der anderen läßt. Nichtsdestoweniger kommt immer wieder der Moment, wo die feindlichen Brüder sich in die Arme fallen.

In unserer Außenpolitik sehen wir das

durchführen konnte, daß doch dadurch siegte, daß er mit seinem Kriegsplan zu spät kam und Ludendorff daran zugrunde ging, daß er seinen Kriegsplan bis aufs Nippelchen, so wie er es in Licherfeld gelernt hatte, auszuführen suchte, bleibt vom Ruhm des Militärs wohl nicht mehr viel übrig. Pierrefeu spottet der Strategen, die überhaupt nur nach drei, vier Kriegsregeln zu arbeiten vermögen und deren Phantasie gegenüber dem bürgerlichen Politiker, dem Künstler, dem Dichter, so ärmlich ist, daß sie versagen oder vielmehr zur Katastrophe führen muß, wenn ein General einmal einem Volksganzen gegenübersteht, das durch die Verhältnisse gezwungen wird (so war es mit Frankreich der Fall) die alten Kriegsregeln nicht mitzumachen und dem Partner die Gelegenheit nimmt, sie erfolgreich anzuwenden. Steht der Militär a la Ludendorff einem Gegner gegenüber, der sein militärisches Schauspiel mit den ganzen Kräften bürgerlichen und demokratischen Denkens und Handelns beantwortet, so bleibt ihm nur die Flucht übrig. Die Mittel sind zu ungleich. Das Bürgertum wird mit dem Militär fertig.

So ist Pierrefeu's Buch eine Verherrlichung zivilistischen Denkens gegenüber dem militärischen Kastenhochmut. Es ist nicht nur Geschichte in einem viel wahreren Sinn als die Schulbuchweisheit, die jetzt in den Siegerländern aus tüchtigen, aber im ganzen und großen herzlich unbedeutenden Generalen, romantischen Feldherren, a la Alexander, Caesar, Napoleon macht, sondern auch eine Warnung an die Völker, sich nunmehr im Vertrauen auf die Wahrheit dieser Fiktion dem Militär unterzuordnen. In dem gegen-

Demühen, den Staat im schönsten Licht in der Welt erscheinen zu lassen.

Ehre, Achtung und Ansehen in der Welt wäre gerade gegenwärtig zu erringen durch eine entsprechende Stellung zu dem erschütternden Drama, das sich in Deutschland abspielt. Ehre wäre zu erringen durch eine wirklich vernünftige und humane Stellung zu dem Drama jenseits unserer Grenzen. Es wäre menschliche Pflicht, diesem Millionenvolk zu helfen und es vor dem Untergang zu behüten. Wie verlangen, daß die Hilfsaktionen, die für Deutschland eingeleitet werden, seinen Schwierigkeiten begegnen. Wir bemerken in der Auffassung unserer Diplomaten zu denen der alten Schule fast gar keinen Unterschied. Parlament und Außenpolitik werden nicht oder verspätet informiert! Es wird weder das Parlament, noch irgend ein Ausschuß des Hauses darüber gefragt, welche Stellung zu den wichtigsten internationalen Fragen der Außenpolitik das Außenministerium einnehmen soll.

Die unbedingte Gefolgschaft zu Frankreich kann unserer Ansicht nach zu unangenehmen Konsequenzen führen. Wir hätten die Pflicht, auf Frankreich und seinen hemmungslosen Siegeswillen im Sinne der Aufrechterhaltung des Friedens einzuwirken. Das aber wir tun, scheint uns mehr zu sein, es scheint uns eine wirkliche, unbedingte Ertragung unter den französischen Willen zu sein. Es ist daher zweifelhaft, ob die großen Mittel, die für die Außenpolitik ausgegeben werden, eine zweckmäßige Verwendung finden. Der Zweifel ist deshalb berechtigt, weil sie einem ganz einseitigen Zweck dienen, dem Zweck den durch die Friedensverträge geschaffenen Zuständen auch in ihren unnatürlichen und ungerechten Teilen zu erhalten. Redner verlangt, daß die Mittel, die wir in überreichem Maße ausgeben, und zu denen auch wir unseren beträchtlichen Teil beitragen, so verwendet werden, daß sie dem Volke und dem Staate zunutze werden und auch für die Zukunft Nutzen und Vorteil bringen.

Inland.

Die Spiritusaffäre.

Die Spiritusaffäre will nicht zur Ruhe kommen. Der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten veröffentlichte eine Kundgebung, in der es heißt: Der Klub dankt dem Mitgliede Remes für die kräftige und energische Wahrung der öffentlichen Interessen in dieser Angelegenheit und er würde es unter seiner Würde halten, wenn er Remes's ehrliche Arbeit durch eine Vertrauensfundgebung gegenüber den Angriffen einer unverantwortlichen Presse stärken sollte. Das energische Auftreten des Klubs und der Partei gegenüber den Angriffen und den nichtigen Verdächtigungen seien der klarste Beweis des reinen Schildes der Partei und ihrer Angehörigen. Der Klub beschloß dann einzuschreiten, daß die Frage der Spirituswirtschaft auf gesetzlichem Wege gelöst und daß die Regierung nach Paragraph 6 der Regierungsverordnung über die Spirituswirtschaft mit Beschleunigung eine entsprechende Gesetzesnovelle vorlege. Weiter wurde beschlossen, bei der Regierung über die Aufstellung der einzelnen Verwaltungskommissionen und gegen die Art und Weise wie dies durchgeführt wird, zu protestieren und zu fordern, daß in Bälde die Samverrichtung auch in den sogenannten historischen Ländern ins Leben gerufen werde. Die Kundgebung weist ferner darauf hin, daß die Quelle der Verschuldung in den nationaldemokratischen Blättern zu suchen sei. Die Nachricht von der Einsetzung einer Abordnung zu Dr. Aramak, die hätte Abhilfe leisten sollen, weiter die Nachricht von der Einsetzung eines Koalitionsausschusses der Regierung für die Erledigung qualvoller Affären der Koalition, sei unwahr.

Die tschechische Presse befaßt sich ebenfalls noch immer mit der Affäre. „Cestlovenske Noviny“ sagen, diese ganze Affäre habe neuerlich die

wartigen Chaos ertönt in vielen Ländern als Rettungsschrei: der Ruf nach dem „Soldaten“. Auch in Frankreich. Und da kommt nun dieser Militär und zeigt, daß der „Soldat“ gerade durch den Krieg entehrt worden ist. Soweit es noch ein militärisches Problem gibt, und geken wird, geht es gerade über den engen Horizont einer Militärlaite hinaus, so gebietet sie auch sein mag.“ Deutschland ist zugrunde gegangen, weil seine herrschende Adelsklasse und sein Königtum eine Militärlaite und ein Soldatenkönigtum war. Frankreich hatte dagegen fast nur Zivilbürger, und einen Adel, später ein Bürgertum, das niemals ausschließlich Militär gewesen ist. Auch diesen Tatsachen verdankt Pierrefeu zufolge, Frankreich seinen Sieg. Umso schlimmer, wenn sein Militär, das niemals angehört hat, sich zum Teil als Bürger zu fühlen, sich nunmehr selbständig zu gebärden beginnt, nachdem es in der modernen Welt seinen „Soldaten“ als Führer mehr geben kann. Die Welt ist bürgerlich, industriell, sozial geworden. Die Geschichtsschreibung, die einem Einzelnen den Ruhm einer Tat andichtet, läßt. Die Tat geht vom Volke aus. Nur die Volkskräfte können heute ein Land erhalten. Verhütet das Militär wieder das Autoritätsprinzip zur Macht zu bringen, dann bedroht es das Volk mit dem Untergang.

Ein ähnliches Buch hat leider noch kein Deutscher geschrieben, obwohl sie es so bitter brauchen. Daß ein französischer Militär es schrieb, ist vielleicht nur eine Fiktion, wohl aber auch mehr. Dieses kleine Buch sollte jedenfalls in ganz Europa gelesen werden. Niemand hat wahrscheinlich gelogen. Aber Pierrefeu spricht wahr.

Unsere Strafanstalten.

Aus der Rede der Abg. Genossin Blatny zum Kapitel „Justizministerium“ in der Budgetdebatte.

Lasclate ogni speranza, voi ch'entrate!
(Laß jede Hoffnung schwinden, ihr, die ihr eintrittet!) Dante.

Wenn wir das Budget des Justizministeriums studieren, finden wir, daß in unseren Strafanstalten, auch in den größten, höchstens ein Arzt angestellt ist, während wir zum mindesten einen, manchmal zwei, aber auch drei Spezialisten finden. Dieser Arzt in den Strafanstalten kann in Anbetracht der Ueberfüllung unserer Gefängnisse beim besten Willen seinen Aufgaben nicht entsprechen. Wir brauchen in unseren großen Gefängnissen zum mindesten zwei Ärzte, von denen der eine Psychiater sein müßte. Wenn wir in unseren Strafanstalten Psychiater hätten, würde sich bald herausstellen, welche schädigenden Einflüsse unsere Strafanstaltsmethoden auf den Charakter, auf das Gemüt und auf den Verstand der Gefangenen ausüben.

Einige Worte noch über die Kost in den Gefängnissen. Die Kost besteht hauptsächlich aus einer diäten Suppe und aus Hülsenfrüchten, die durch ihre Substanz schon schädigend auf den Magen einwirken, insbesondere, wenn wir bedenken, daß die Sträflinge fast keine Bewegung machen können. Es wurde mir in Boru erzählt und auch von Beamten zugegeben, daß die

Hirse mit Rauschgiftmischungen vermischt

ist. Zur Illustration der Gefängnisloft möchte ich das Gespräch mit einem Gefangenen mitteilen, den ich fragte, was die Ursache seiner letzten Strafe gewesen ist. Er sagte mir, er habe immer Hunger und es sei ihm aufgefallen, daß die und da auf dem Gefängnisloft ein klatschendes Geräusch zu hören war. Er sei nun zum Fenster gegangen und habe bemerkt, daß es von der Gemeinschaftszelle Hülsenfrüchte heruntergeschüttelt werden. Er habe sich nun mit den Gefangenen verständigt und habe ihnen gesagt, sie mögen diese Hülsenfrüchte nicht mehr herunterwerfen, sondern in einem Kessel sammeln und ihm schicken. Der Aufseher habe ihm nun angewinkt!

Ein anderer Gefangener hat sich bei mir betraut, daß er Tags vorher von einem Aufseher vier Ohrfeigen erhalten habe, weil das Futter seines Redes zerrissen gewesen sei.

Gehatten Sie, daß ich Ihnen einige Worte über meine Erfahrungen während meiner Kontrolltätigkeit in der Jugendstrafanstalt Rikolsburg vorbringe. Ich habe dort bei meinen ersten Besuchen gefunden, daß der Unterricht ganz be-

seitig war. Hals über Kopf wurde an einem zeitlich terminierten Auftrag gearbeitet, der vom Ministerium für soziale Fürsorge gekommen war. Aber in welcher Methode wurde dort gearbeitet? Um möglichst viel fertigzustellen, war das sogenannte Taylor-System eingeführt. Die Kleidungsstücke und die Stoffe sind zugeschnitten in die Werkstätten gekommen und auf eine ganz geistlose, mechanische Art, ist die Teilarbeit von den Häftlingen verrichtet worden. Ich bin in der Küche gewesen und habe gefunden, daß dort die Häftlinge Hülfsarbeit leisten, Kartoffel schälen und dergl., während die Aufseherinnen die eigentliche Kocharbeit geleistet haben. Ähnlich waren die Zustände auf allen anderen Gebieten.

Ich habe von diesen meinen Eindrücken dem Justizministerium berichtet und verbessernde Vorschläge gemacht. Gerade Rikolsburg mit seinem Pavillonssystem, mit seinen besonderen Anlagen einer Jugendstrafanstalt bietet die Möglichkeit, die Häftlinge zu arbeitsfähigen Menschen zu erziehen. Gerade Rikolsburg ist eine Anstalt, die ohne viele Umstände, ohne komplizierte Neuordnung, ohne besondere Kosten die Möglichkeit böte, im modernen Geiste reformiert zu werden.

Ich habe an allen Stellen für meine Vorschläge Verständnis gefunden, sowohl bei der Regierung als auch beim Anstaltsdirektor. Eine Kommission ist entsendet worden und hat konstatiert, daß die Reformen ohne viel Kostenaufwand durchführbar und zweckmäßig seien. Dieses Verständnis von allen Seiten ist aber ein rein platonisches geblieben und hat sich nie zu einer positiven Tat verdichtet. Die Budgetjournale geben mir hierüber Aufschluß. Alle Einnahmeposten, auch die Jugendstrafanstalt in Rikolsburg, sind erhöht, alle Ausgabenposten sind vermindert. Die Sparmaßnahmen sind es, die das Um- und Auf unserer ganzen Politik bilden.

Grünzner: Sparmaßnahmen am unrichtigen Ort!

Blatny (fortsetzend): Am allerwichtigsten Diese Politik ist letzten Endes eine menschenverachtende. Auf diese Art wird es vielleicht noch dazu kommen, daß die Regierung aus unseren Strafanstalten lukrative Einnahmen ziehen, aber der Strafvolzug ist damit gerichtet.

Gefahr gezeigt, die aus einer Regierung im Zeichen der politischen Courtoisie hervorgeht. Das gegenwärtige Koalitionssystem schließt jedwede Kontrolle aus. Diese Affäre sei nicht die einzige. Es ist da noch eine Affäre des Prädepartements des Ministeriumspräsidiums, weiter noch verschiedene kleinere „Geschichten“, es sind da die russischen Indentanten mit 3 Millionen Kronen jährlich, die ihnen von der Regierung als Unterstützung gewährt werden und es sind da noch Sachen, von denen man nicht weiß? Das Hin- und Herübersehen in der tschechischen Presse läßt vermuten, daß es noch mehr gibt. Das Blatt schließt mit der Bemerkung, daß es heute sicher sei, daß die Tage der Koalition nicht mehr so lange sein werden, wie sie waren und daß die Längerung dieser Schöpfung, die so konstante geboren wurde und so hoch zu steigen beginnt, eintritt. „Wir sind aber nie solche Optimisten, daß wir glauben, daß dies rasch gehen wird. Es wird noch einige Krämpfe und Anfälle geben, bevor andere werden die Ministeriantenne einnehmen.“

„Rude Brave“ sagt, daß die Erklärung Praseks für die Öffentlichkeit wertlos sei, denn sie überzeuge niemanden. Die Art und Weise, in welcher die Koalition die ganze Affäre aus der Welt schaffen will, erwecke größtes Mißtrauen und der Verdacht, daß jene, die im Koalitions-Zehnerausschuß Prasek verhört haben, selbst das größte Interesse hatten, daß die Angelegenheit vertuscht werde.

Das Handelsministerium mach Arbeiterinnen brotlos. Nach einer auch von uns wiedergegebenen Meldung des „Pravo Lidu“ hat das Handelsministerium kürzlich der Produktivgenossenschaft der Schneiderhelfer in Jednov eine Zuschrift übermittelt, worin festgelegt wurde, daß die der genannten Genossenschaft übergebenen Staatslieferungen zum größeren Teile von Frauen fertiggestellt worden seien. Das Ministerium spricht nun aus, „daß dieses Vorgehen im Gegensatz mit den hieronischen Intentionen steht“ und „daß künstlich Genossenschaften, welche einen Teil der Lieferungen von Schneiderzugeschoren weiblichen Kräften in Verarbeitung geben“, von der Vergabung von Lieferungen ausgeschlossen werden.

Die Genossinnen Blatny, Deutsch und Kirpal richteten daher im Abgeordnetenhause eine Anfrage an den Handelsminister, in der es heißt: Ist ihm bekannt, daß die erwähnte Zuschrift durch das Ministerium abgeschickt wurde und wenn dies der Fall ist, ist es mit seinem Einverständnis geschehen? Wie vermag er dieses nicht zu rechtfertigende Vorgehen zu begründen? Ist der Minister bereit, jene Zuschrift an die genannte Genossenschaft unverzüglich zurückzugeben, in einer weiteren Zuschrift an die Genossenschaft zu

widerrufen und dafür zu sorgen, daß künftig ähnliche unfahrbare Verstöße nicht mehr vorkommen können?

Die Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper wurde Samstag in Rikolsburg eröffnet. Die Tagung ist überaus stark aus allen Teilen der Tschechoslowakischen Republik besetzt, außerdem nehmen parlamentarische Vertreter aller deutschen Parteien, und als Gäste Abordnungen bestreuerter reichsdeutscher Körperschaften an den Beratungen teil. Nach der Eröffnungssprache des Vorsitzenden Dr. Walter (Tepliz) und der Begrüßung durch den Rikolsburger Bürgermeister Winter kam Abg. Gen. Cermak zu Wort, der in eindrucksvollen Worten auf die ernste Lage Tschechiens und seiner furchtbar leidenden Bevölkerung hinwies. Er bezeichnete es als unerlässliche Pflicht des Verbandes, alles zu unternehmen, um das heillosste Elend, in das Millionen Menschen durch die Schuld anderer geraten sind und darin unterzugehen drohen, zu lindern. Cermak appelliert an die Gemeinden, ihrer Solidaritätspflicht gegenüber den Deutschen jenseits der Grenze eingedenk zu sein, überall die Hilfsbereitschaft zu mobilisieren und rasch zu helfen. (Zürmischer Beifall.) Im Namen des Vereins für kommunale Wirtschaft und kommunale Politik in Berlin begrüßte Generalsekretär Frein die Versammlung, und gab der Dankbarkeit für alle Bemühungen Ausdruck, die der deutschen Not abhelfen sollen. Deutschland könne sich nicht anders erkennen zeigen als durch das Versprechen: Wie geben uns nicht auf! (Beifall.) Nach Genehmigung des Berichtes der Rechnungsprüfer werden auf Antrag des Abg. Dr. Ladgman einige Satzungsänderungen angenommen. Der Tätigkeitsbericht, der sodann zur Erörterung gelangte, befaßt sich im wesentlichen mit der Finanznot der Gemeinden, die durch die Abschreibungen von der Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen und durch die Finanzkrise überhaupt, die automatisch die Steuern herabdrückt, sehr groß geworden ist und eine geordnete Haushaltsführung überall unmöglich macht. In der anschließenden Debatte nahm die Jugendfürsorge einen breiten Raum in Anspruch. Gemeinderat Grund (Barnsdorf) stellte den Antrag, daß den Gemeinden dringend empfohlen werde, 1 Prozent derzuschlagsfähigen Steuersumme für die deutsche Jugendfürsorge einzustellen und zur Hälfte an die Landeskommission und an die zuständige Bezirkskommission abzuführen. Der Bürgermeister Czerny (Haida) hob auch die Bedeutung der Mutterberatung hervor und betonte, daß der Beitrag mindestens 1 Prozent betragen solle. Zahra (Fischern) wünschte, daß der Verband eine Zusammenarbeit der verschiedenen Jugendfürsorge

Der Kampf der Kirche gegen die freien Gewerkschaften.

Organisationen herbeiführen solle. Abg. Dr. Bodgman beschwerte sich darüber, daß die im Staatsvoranschlag für Zwecke der Jugendfürsorge eingestellten Beträge zum weitaus größten Teile der tschechischen Jugend zugute kommen. Abg. Zierhut berichtete über die Tätigkeit des Bodenreformanschlusses und zeigte auf, wie sehr die deutschen Gemeinden, bei der Beschlagnahme des Waldbesitzes benachteiligt werden. Hierauf wurde der Tätigkeitsbericht einstimmig genehmigt und den Funktionären des Verbandes der Dant ausgeprochen. Ueber den weiteren Verlauf der Tagung werden wir berichten.

Aus dem Preshburger Gemeinderat. Aus Preshburg wird uns geschrieben: Vergangenen Montag hielt der neu gewählte Gemeinderat seine erste Sitzung ab. Unter weitläufig schallendem Gelächter der Parteimitglieder hielt der vom Minister ernannte Bürgermeister Dr. Skanik keine Begrüßungsansprache, in der er sich die Mitarbeit des Gemeinderates erbät. Als erste Redner meldeten sich die Genossen vom sozialistischen Block, zu dem sich alle im Gemeinderate vertretenen Arbeiterparteien vereinigt, zu Worte. Singer protestierte dagegen, daß der Bürgermeister nicht gewählt, sondern ernannt wurde. Eine Methode, die nur in der Slowakei besteht, und den demokratischen Prinzipien widerspricht. Lehocky hob die Notwendigkeit der Lösung jener Fragen auf kommunalen Gebieten hervor, die aus dem sozialen Problem entspringen. Masar beschäftigte sich mit den städtischen Fragen der Volkswohlfahrt, der Wohnungs- und Spitalsfürsorge, der Altersversorgung und Sienhäuser, der deutschen Schulen und ver sprach die emsige und aufopferungsvolle Mitarbeit, wo es sich um das Wohl der Stadt und der Bevölkerung handeln wird. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien vergossen Tränen darüber, daß Religion und Nation in Gefahr seien. Gemeint haben sie damit freilich nur ihren Geldbeutel. Eine aggressive Haltung nahm der von den Juden gewählte Dr. Reiz ein, der sich unter dem Protest der Arbeitervertreter gegen die geplanten Wohnbauten und für den Abbau der sozialen Reformen unter Hinweis darauf einsetzte, daß die bürgerlichen Vertreter in der Mehrheit sind. Es wird in diesem Gemeinderate noch zu heftigen Austritten kommen, wenn sich die Majorität der Christlich-Jüdisch-Nationalsozialisten vornehmen, auf diesem Gebiete Erfolge zu erzielen. Der sozialistische Block steht in wohlgeordneter Weise bereit, den kleinsten Vorstoß der Reaktion entschieden abzuwehren. Nach Erledigung der Tagesordnung wurden die verschiedenen Ausschüsse und Kommissionen gewählt. Unsere Partei kandidierte in die Finanzkommission den Genossen Kalmar, in die Wirtschaftskommission Masar, Kulturkommission: Masar, Soziale Fürsorge- und Armenwesen: Kalmar, Baukommission: Reiz, Schulkommission: Kowarik, die alle auch gewählt wurden.

Die letzte Nummer der in Salzburg erscheinenden „Katholischen Kirchenzeitung“ veröffentlicht eine „Rundgebung des deutschen Episcopats gegen den Sozialismus“. Was sich hier die deutschen Bischöfe, die im August d. J. in Fulda tagten, herausnehmen, übersteigt alle Grenzen. Die „Katholische Kirchenzeitung“ berichtet:

Der Kirchliche Amtsanzeiger für die Diözese Trier, Jahrgang 1923, Nr. 9, enthält unter der Überschrift: Beitr. sozialistische und andere kirchenfeindliche Vereine folgende Bekanntmachung:

Die Salzburger „Katholische Kirchenzeitung“ erklärt sich mit diesem unerhörten Übergriff der deutschen Bischöfe solidarisch, denn sie fügt aus Eigenem folgende Erläuterung bei:

„Die Fuldaer Bischofskonferenz hat unter Hinweis auf die an den Alexius erlassenen „Wiale“ über die Behandlung der Sozialisten usw. beschlossen, folgende Grundzüge bekannt zu geben:

a) Es ist den Katholiken nicht gestattet, den freien Gewerkschaften als Mitglieder anzugehören, einerlei, ob es sich um Gewerkschaften für Arbeiter oder solche für Angestellte oder Beamte handelt.

b) Wenn die Katholiken die Möglichkeit haben, sich in Verbänden zu organisieren, die ihren religiösen Interessen nicht entgegenstehen, so sind sie verpflichtet, aus den freien Gewerkschaften auszutreten.

c) Geduldet werden kann, daß ein Katholik zeitweilig seinen Namen in den Mitgliederlisten im Einzelfalle wirklich setzen läßt, wenn folgende Umstände zusammenfallen, die hierfür Voraussetzung bilden: 1. Wenn der Beitritt in gutem Glauben erfolgt ist; 2. wenn Vergeltung verhindert wird durch die Erklärung, daß die Weiterzahlung nur zur Verhütung schwerer Nachteile erfolgt, im übrigen aber jede Gewerkschaft mit der beabsichtigten Vereinigung verbunden wird; 3. wenn dem Betreffenden oder einer Familie sonst schwerere Schäden erwächst; 4. wenn nicht für den Betreffenden oder seine Familie die Gefahr des Abfalles vom Glauben besteht; 5. wenn Katholiken trotz erfolgter Aufforderung und obwohl ihnen Eintritt in eine andere Organisation möglich ist, dennoch als Mitglieder in den freien Gewerkschaften verbleiben.

Tages-Neuigkeiten.

Es klappt.

Die Eisenbahndirektion in Prag sagte dieser Tage den tschechischen Einschluß, auf der Station Tabor zu versuchen, was die dortigen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnangehörigen tun würden, wenn sich irgend ein Eisenbahnunfall ereignete. Man nennt dies ernstlich: Alarmprobe im Dienst. Dem tschechischen Pöbel, welches etwa dem russischen gleicht, beliebt es, alles fürs Auge zu tun. Die Kommission fuhr um die erste Nachmittagsstunde nach Tabor und ordnete an, daß sofort die Alarmsignale gegeben werden. Zwei Lokomotivpfeifen erklangen im Dunkel der Nacht um Zeichen, daß auf der Station ein Unglück geschehen ist. Sie piffen und piffen, tonnten aber lange Zeit niemanden herbeizupfeifen. Endlich kam ein verschlafener Beamter des Heizhauses, in Nachthemd und Pelz gehüllt. Für den Fall eines Unglücks soll vorhergehen sein, daß 26 Mann bereistehen, um die Rettungsarbeiten zu beginnen. Eine gute Verordnung und eine genügende Anzahl von Leuten. Aber diese Leute wohnen in der Stadt, und daher ließ sie der Beamte des Heizhauses erst von dort holen. Es verfloß eine geraume Zeit, bevor die Rettungsmaßnahmen kamen. Allerdings anstatt 26 waren ihrer bloß sechs. Der Bahnhofsarzt war überhaupt nicht aufzutreiben.

So geschahen am 22. November 1923 in der Tschechoslowakischen Republik.

An diesen Vorfall, der für die Bahnhofsbekannt sehr unangenehm wurde, erinnere ich mich auch Freilich im Parlament. Die Glocken erklangen: Von zehn Uhr ab lärmten sie. Leider oder war ihr Erklingen ebenso vergeblich wie das Pfeifen der Lokomotiven in Tabor. Herr Dr. Buday hielt seine Rede vor leeren Bänken. Von seinem Mund — Buday ist slowakischer Volkspartei — hörten ihn ganze zwei Mann an. Die Abgeordnete Bechman, die sich für Frankreich begeisterte, hatte kein besseres Schicksal. Sie hatte immerhin das Glück, daß ihre Rede von einigen Journalisten angehört wurde. Dem Abgeordneten Feilerfeld hörte überhaupt niemand zu. Und doch läuteten die Glocken, um die Abgeordneten herbeizurufen, so stark, daß man davon betrunken wurde. Um das Maß der Unachtsamkeit voll zu machen, öffnete auf der Galerie ein Zuhörer geräuschvoll eine Zeitung großen Formates und lies sie flüchtig.

Wie man sieht, klappt es auf den Eisenbahnen und im Parlament vorzüglich. Man pfeift — und niemand kommt; man läutet — und wie auf Kommando läßt sich niemand sehen. Da scheint's an der musikalischen Erziehung zu mangeln.

S. Zima.

Die Behandlung eines zur Waffenübung eingekallten tschechischen Soldaten. Am 14. August mußte der Reservemann Julius Böbel aus Tylisa zur Waffenübung zum „Maschinengewehrregiment Prag IV Petrin“ eintreten.

ben, so sind sie zu dem Sakramentenempfang nicht mehr zugelassen.“

Dadurch sind nicht nur die politischen Vereine der Sozialdemokratie, sondern auch die sogenannten freien Gewerkschaften, die vielfach den politischen Vereinen Gefolgschaft leisten, als kirchenfeindlich gebrandmarkt. Die Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften ist allen Katholiken grundsätzlich unter der Strafe des Ausschlusses von den Sakramenten verboten. Nur in Fällen schwerer Notlage und unter Anwendung bestimmter Sicherheitsvorschriften kann die Zugehörigkeit in einzelnen Fällen vorübergehend geduldet werden solange kein Austritt möglich ist. In diesem Falle kommen die Regeln zur Anwendung, die für das Verzeihen in einer notwendigen Gelegenheit zur Sünde oder für die materielle Teilnahme an einer verbotenen Handlung gelten.“

Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft heißt also nach der „Katholischen Kirchenzeitung“ „in einer Gelegenheit zur Sünde verweilen“ und „an einer verbotenen Handlung teilnehmen“. Ausschluss von den Sakramenten — damit will man den katholischen Arbeitern verwehren, weiterhin Mitglieder ihrer Ständevereinigungen zu bleiben, die, wie ja wohl nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, in erster Linie der materiellen Wohlfahrt ihrer Mitglieder dienen; mit religiösen Zwangsmitteln will man die Arbeiter, Angestellten und Beamten in die katholischen Verbände hineindrängen. Was würde Christus, der Gründer dieser Religion, zu dem schandvollen Treiben seiner Nachfolger sagen, die nun, angeblich aus Sorge um die „Seelenheil“, zum geistlichen Terror zu greifen versuchen, zu einem Terror, den man seit etlichen hundert Jahren für abgetan halten konnte.

Es wird wohl nicht lange dauern, bis das Beispiel der Pfaffen von Fulda, Trier und Salzburg auch hier ul'nde Nachahmung finden wird. Aber so wie die Salzburger Arbeiter werden auch wir mit der neuen, freien Taktik der Pfaffen fertig werden, die die Religion und die Kanzel zu politischen Zwecken mißbrauchen. Die Kirche möge nur den Kampf gegen die freien Gewerkschaften eröffnen — der Erfolg wird nicht ausbleiben!

Vöbel ist seit dem Jahre 1918 lungenleidend. Im Dezember 1922 röntgenisierte er in Teischen in der Bezirkskrankenanstalt und es wurde festgestellt, daß er unheilbar sei und nur durch fröhliche Nahrung und Schonung sein Leben verlängern könne. Er stand in Behandlung dreier Ärzte und wurde am 28. April 1923 in das Sanatorium Bad-Weltischberg gebracht. Im April erhielt er die Einkerzung zur Waffenübung. Auf Anregung der Ärzte suchte er um Aufschub der Waffenübung an. Obwohl die Gendarmerie sich beim behandelnden Arzte nach dem Krankheitszustande Vöbels erkundigt hatte, sowie dem Besuch ein ärztliches Zeugnis beilag, mußte er dennoch einrücken. Auf Grund des vorgelegten ärztlichen Zeugnisses wurde er bei der Präsentierung zurückgestellt, am folgenden Tage aber in der Cernynskaförne für „selbstdiensttauglich“ erklärt. Dem Fieber und Stechen gepeinigt, ging er am nächsten Tage zur Marodenstube. Hier war der Arzt, der ihn bei der Präsentierung zurückgestellt hatte. Er überwies ihn dem Chirurgen und dieser war wieder derselbe, der ihn bei der Konstatierung als „selbstdiensttauglich“ erklärt hatte. In gereizter Stimmung erklärte er ihm zum zweitenmale für selbstdiensttauglich. Am 21. August brach Vöbel zusammen. Er hatte die ganze Nacht hindurch starkes Fieber. Fröh ging er zur Marodenstube. Der Arzt stellte bloß die Temperatur fest, und zwar um halb 9 Uhr früh 37.1. Der Chirurgen, der Vöbel für selbstdiensttauglich erklärt hatte, beorderte ihn auf das Marodenzimmer. Nach ein paar Tagen wurde er aus dem Marodenzimmer entlassen. An jedem der folgenden Tage rückte er mit Fieber aus. Wiederholt bat er den Arzt, ihn mit Röntgenstrahlen zu durchleuchten, aber umsonst. Anzüglich: Nebenarten waren die Hülse des Arztes. Am 1. September äußerte sich der Arzt: „Gehen Sie zurück zur Rutte, falls es aber schlimmer ist, kommen Sie wieder in das Marodenzimmer!“ Man muß wissen, daß das Marodenzimmer so beschaffen ist, daß ein Geunster krank werden kann. Von Petrin's in die Cernynskaförne, wo das Marodenzimmer ist, bringt man den Kranken das Essen. Es ist immer kalt und vom Strafenstaub verunreinigt. Unter diesen Verhältnissen lag Vöbel bis zum 10. September, dem Tag der Ausrüstung, im Marodenzimmer. Alles, was man in der Heilanstalt unter großen Kosten an seinem Körper aufbaute, hat Herr Dr. Novotny (so lautete der Stempel, welcher auf dem Militärschein aufgedrückt ist) ruiniert. Die Genossen Paussman und Foll richteten daher an den Minister für nationale Verteidigung die Frage, ob er geneigt ist, den Fall unterzuchen zu lassen und den Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen, und ob er ferner die Ärzte anweisen will, den lungenkranken Soldaten die größte Fürsorge angedeihen zu lassen und anzuordnen, daß solche Soldaten nicht zur Ableistung der Waffenübung verhalten werden.

Schwere Schädigung der Arbeiterkraft durch eine unglückliche Jugendverbindung. In den Bezirken Böhmisches Bannik und Beneser wohnen mehr als 200 Arbeiter, welche in Böhmisches-Leipa und Umgebung beschäftigt sind. Um rechtzeitig zu ihren Arbeitsplätzen gelangen zu können, müssen sie den ersten Frühzug benützen. Es ist ein von Bodenbach um 4 Uhr 45 Minuten abgehender Zug, der von Beneser um 5 Uhr 8 Minuten nach Böhmisches-Leipa weiterfährt. Nun kommt aber der um 5 Uhr 5 Minuten von Böhmisches-Bannik abgehende Arbeiterzug in Beneser um 5 Uhr 26 Minuten an und dadurch wird ein Anschluß nach Böhmisches-Bannik unmöglich. Der zweite von Bodenbach abgehende Zug trifft erst um 8 Uhr vier Minuten in Beneser ein und kommt um 8 Uhr 44 Minuten nach Böhmisches-Leipa, also zu einer Zeit, wo längst die Arbeit in den Fabriken im Gange ist. Hunderte Arbeiter sind deshalb seit Monaten gezwungen, aus den verschiedenen Ortsgemeinden der genannten Bezirke, Böhmisches-Bannik, Markersdorf, Alt- und Neuschlitz, stundenlang zu Fuß nach Beneser zu gehen, um den ersten Zug nach Böhmisches-Leipa zu erreichen. Sie sind gezwungen, schon nach 3 Uhr früh aufzustehen, so daß von einer wirklichen Nachtruhe keine Rede sein kann. Der gegenwärtige Zustand schädigt also die Arbeiter schwer. Alle bisherigen Bemühungen, eine Verlegung der in Betracht kommenden Züge zu erreichen, waren ohne Ergebnis, obwohl durch eine frühere Abfassung des einen Zuges schon das Hauptübel beseitigt werden könnte. Angesichts dieser Tatsachen stellten die Genossen Schweichhart, Grünzner und Cermak an den Eisenbahnminister die Anfrage, ob er bereit ist, diesen Beschwerden Rechnung zu tragen und eine entsprechende Verlegung der in Frage kommenden Züge zu veranlassen.

Gegen den „Sorgenbrecher“ Alkohol. Der frühere deutsche Reichsminister, Genosse Sollmann, hat den General Seck aufgefodert, ein Schnapsverbot zu erlassen. Die „Frankfurter Zeitung“ nennt dieses Verbot eine richtige Ergänzung der Verordnung, die den General gegen die Schlemmerei erlassen hat und schreibt: Die Volksgesundheit erfordert wirklich mehr als die Schließung luxuriöser Gaststätten. Seit Jahrzehnten redet man von den üblen Folgen des Alkoholismus. Theoretisch sind alle denkenden Menschen darüber einig. Aber praktisch geschieht nichts. Beim Beginn der Abstraktion hat man einen Anlauf genommen; es ist nichts daraus geworden. Vielleicht wird die neue Verordnung einen besseren Erfolg haben, aber sie genügt ja nicht. Denn irgendwo muß doch einmal ein entscheidender Eingriff gemacht werden, wenn der Alkoholismus in breitem Maße eingedämmt werden soll. Ein völliges Alkoholverbot kommt nicht in Frage, denn wir sind noch, weiß Gott, keine Amerikaner, die zu so etwas die Energie aufbrauchen, mag auch die Ausführung manches zu wünschen übrig lassen. Aber den Schnaps wenigstens könnte man verhindern, eine fortlaufende Quelle des Elends zu sein. Wer etwa einwende, daß das Volk selber ihn nicht missen möchte, der würde sehr irren. Eine ganze Anzahl freiwilliger lokaler Abstimmungen hat gezeigt, daß das Volk, und zwar gerade das Volk, auf das in dieser Sache am meisten ankommt, ein gutes Verständnis für ihre Wichtigkeit hat und mit einem Schnapsverbot einverstanden wäre. Es kommt nicht auf die freundliche Zustimmung jedes Schnapsbruders an.

Leberohrlengeld. Aus Dresden wird berichtet: Der Inhaber einer Lederfabrik in Borna in Sachsen hat, da ihm zur Auszahlung der Löhne nicht genügend Barmittel zur Verfügung standen, seinen Arbeitern einen Teil ihres Verdienstes mit Leberohrlern aufzahlen müssen, die mit dem Firmenstempel versehen sind und als Verlangabe den Tagespreis tragen. Der Fabrikant erfuhr in einer Rundgebung die Geschäftsleute, die Zöhlen in Zahlung zu nehmen, die als wertbeständiges Zahlungsmittel mehr gelten als Papiergeld.

Aus eigener Kraft. In der Berliner weltlichen Schulen in der Göttenburgerstraße haben sich Lehrer und Elternschaft zusammengetan, um 300 der ärmsten Kinder eine Schulpflicht zu bieten. Freiwillige haben wurden von Freunden der Schule gespendet zur Linderung der wirtschaftlichen Not. Kartoffeln, Brote, Nudeln, Reis, Mohrrüben und vieles andere werden von opferfreudigen Arbeitermännern in jeder Woche zur schmachhaften Mahlzeit zubereitet. Seinerzeit, in der alle öffentlichen Speisungen eingestellt wurden, als die von der preussischen Regierung angeforderte Volksspeisung erst angehtündigt war, ist dieses Werk begonnen worden. Täglich ziehen die hungerigen Kinder in der zehn-Uhr-Pause zur Schulküche und empfangen ihren Topf mit Kartoffelsuppe, Nudeln mit Pflumen und anderes. Bei vielen der Kleinen ist es die einzige warme Mahlzeit, die sie am Tage erhalten. Aus eigener Kraft hat die weltliche Schule dort im Norden, am Gesundbrunnen, ein Werk geschaffen, auf das sie und die Eltern, die an ihm beteiligt sind, stolz sein dürfen. Und m'acher Segner, der im Geiste die weltliche Schule als „Ausgeburt des Bösen“ bekämpft hat, und der meinte, daß die „rote“ Schule am Gesundbrunnen in Brand gesteckt werden sollte, muß sich von den Proletariern, die dieses Werk wahrer Nächstenliebe geschaffen haben, aufs tiefste beschämen lassen.

Haarprobe erbraten! In der Wiener „Deutschen Tageszeitung“ vom 21. November ist folgendes Inserat zu finden:



Deutschnationale Männer und Frauen, unbedingt ehrenhafter und verlässlicher Eigenart, die an rassistischer und religiöser Aufrichtung christgermanischer

schen Volkes und Befens ernstlich mitarbeiten wollen, senden Massendankbriefe, Plakate, Saarprobe und Lebenslauf zwecks Aufnahme in deutschen Orden unter obigen Namen an die Verm. d. H.

(Neben dem Patentreuz prangen zwei „Namen“, die nur der arisch Verfertigte kennt.)

Glasschöpfer sind demnach von der „ernstlichen“ Mitarbeit „an russischer und religiöser Aufrichtung christlichgermanischen Volkes und Befens“ ausgeschlossen.

Sozialistische Erziehungsinternationale. Für die am 5. und 6. Jänner 1924 in Hannover stattfindende Konferenz zur Schaffung einer sozialistischen Erziehungsinternationale ist folgende Tagesordnung vorgesehen: Berichterstatter Postumus, Amsterdam; Organisationsfragen (Berichterstatter J. A. J. Otky, Wien); Selbständige sozialistische Erziehungsmassnahmen (Notwendigkeit, Möglichkeit und Tatsache) (Berichterstatter Dr. Kanis, Wien); Beeinflussung des öffentlichen Schul- und Erziehungswesens (Berichterstatter Dr. Löwenstein, Berlin).

Internationale der Lehrer. Am 27. und 28. Oktober 1923 tagte in Dänabrück in Westfalen unter dem Vorsitz des Sekretärs des internationalen Gewerkschaftsbundes Sassenbach eine internationale Lehrerkonferenz. Nachdem die internationalen Beziehungen der Lehrer durch den Krieg und die Folgezeit in allen Ländern zerstört, erscheint es in dieser Zeit der Krise Europas dringend geboten, diese Beziehungen erneut anzuknüpfen und auf eine neue Grundlage zu stellen. Das von der Dänabrücker Konferenz eingesetzte Lehrerkomitee, Mitglieder: Adams (Deutschland), Passiua (Österreich), Noordhoff (Holland), Peters (Belgien), Postumus (Holland), arbeitete folgende Lehrpläne aus: Die internationale Lehrervereinigung will die verschiedenen Lehrerverbände aller Länder in eine starke, kampffähige und zielbewusste internationale Organisation zusammenschließen. Die internationale Lehrervereinigung steht auf dem Boden unbedingter und tariffähiger Solidarität mit den Lehrern aller Länder, wie mit allen im wirtschaftlichen Kampfe stehenden Arbeitenden und erkennt die geltenden internationalen gewerkschaftlichen Grundsätze an. Sie will nicht nur mit den Arbeitenden aller Länder den Kampf der internationalen Lehrerverbände für die Verbesserung der Lage der Lehrer innerhalb Schule und Staat unterstützen, sondern sich mit ihnen gemeinsam einsetzen für eine Erziehung und einen Unterricht im Geiste eines unbedingten Fortschrittes, um durch eine eingehende Veränderung des Schul- und Erziehungswesens in den verschiedenen Ländern die Idee des Friedens und der Verbündung der Völker zu fördern. In diesem Bestreben will sie so weit wie möglich zusammenwirken mit allen bestehenden Organisationen, auch mit Nicht-Lehrerverbänden, die dem gleichen Ziele zustreben.

Terror der Patentreuzler in Wien. Die sozialistischen Hochschullehrer haben gegen den deutschnationalen Terror an den Wiener Hochschulen eine scharfe Resolution beschlossen. Auch die Vertreter der sozialistischen Studenten und der Akademiker-Vereinigung haben Freitag beim Rektor der Universität vorgeprochen und ihm ein Memorandum an den akademischen Senat übergeben, in dem besonders folgende Forderungen gestellt werden: Öffnung der Universität bis spätestens Montag und Sicherung des ungestörten

Studienbetriebes durch alle zur Verfügung stehenden Mittel, sowie Feststellung der für die Vorfälle Verantwortlichen.

Von den „Vorseanern der Arbeit“ in Amerika. Die letzte Nummer der „Industrial Union News“ bringt einige Angaben über die in den amerikanischen Bergwerken vorgekommenen Unfälle, denen wir entnehmen: In den Kohlenbergwerken der Vereinigten Staaten sind dem Bericht des staatlichen Bergwerksdepartements zufolge im August 1. J. 295 Arbeiter getötet worden. In diese Zahl sind die 99 Opfer der Gasexplosion am 14. August in Kemmerer, Wyo., inbegriffen. Auf jede Million Tonnen gefördert Kohle entfielen im Monate August 5.11 Unfälle. — Die „Federated Press“ bringt über die Unfälle in den Erzbergwerken folgende Unfallstatistik: 1922 sind 344 Bergleute in den Erzbergwerken getötet und 26.080 verletzt worden. Unter den Getöteten befinden sich 47 Bergleute, die gelegentlich eines Feuers in Kalifornien den Tod fanden. Diese Zahlen besagen, daß von je tausend Bergleuten in den Erzbergwerken 3 getötet und 268 verletzt wurden. Der Prozentsatz ist infolge der Katastrophe in Kalifornien höher als im Jahre 1921. Am häufigsten sind, der amtlichen Statistik zufolge, die Unfälle in Steinbrüchen, wo 1922 132 Leute getötet und 11.839 verletzt wurden. Von je 1000 Steinbrüchern wurden annähernd 3 getötet und 241 verletzt.

Die Frage der Landenteignung in Lettland. Unsere lettlandischen Genossen bereiten einen Initiativantrag auf entschädigungslosige Landenteignung in Lettland vor. Den sozialdemokratischen Initiativantrag haben am vergangenen Sonntag in Riga 324 Personen, zusammen mit den früheren bisher 4318 Personen unterschrieben.

Die Wahlpropaganda in England. Aus London wird gemeldet: Die Hauptredner aller Parteien veranstalten Rundreisen durch England und halten in zahlreich besuchten Versammlungen Reden. Mit Hilfe von Lautverstärkern, welche jetzt allgemein zur Anwendung gelangen, spricht der Redner auch zur Zubehörschaft in den angrenzenden Räumen und kann infolgedessen vor einer weit zahlreicheren Versammlung seine Rede halten, als bisher. Die Reden sämtlicher Kandidaten drehen sich nahezu ausschließlich um die Frage, ob der Freihandel oder die Schutzpolitik vorzuziehen ist. In den Reden der Kandidaten der Labour-Party nimmt die zweite Stelle die Forderung ein, auf Vermögen die größer als 50.000 Pfund sind, eine Abgabe zu legen, eine Forderung, welche die Partei jäh vertritt und gegen welche sich die Konservativen und Liberalen aussprechen. Das liberale Organ „Manchester Guardian“, welches auch mit den Anschauungen der Labour-Party gut vertraut ist, schreibt, die Anschauungen aller Parteien über den Ausweg aus der internationalen Lage differieren zwar in der Hauptlinie, aber nur bis zu einem bestimmten Maße.

Vorbereitungen für den Weltfrieden. Die britische Admiralität bereitet Pläne für den Bau leichter Kreuzer vor, welche alte Schiffe ersetzen sollen. Die Blätter sprechen die Ansicht aus, daß diese Forderung, falls die Regierung nach den Wahlen am Ruder bleibt, dem Parlament gleich bei dessen Zusammentritt vorgelegt werden wird. Die Zahl der Schiffe, welche gebaut werden sollen, sobald die Vorlage die Sanction durch das Parlament erhält, ist bisher noch nicht bestimmt; man erwartet aber, daß es sechs oder acht sein werden. Den Blättern zufolge werden sich die Kosten für den Bau eines Schiffes auf annähernd ein dreiviertel Millionen Pfund Sterling (!) stellen. Die Hauptaufgabe der neuen Schiffe wird, wie bereits Baldwin mitge-

teilt hat, der Wachdienst an den britischen Seewegen sein.

Ein Schiff in die Luft geflogen. Aus Marseille wird berichtet: Das englische Frachtschiff „Osterburn“ ist infolge Explosion von Rosten mit chlorsaurem Kali auf der heissen See in die Luft geflogen. Der Kommandant des Schiffes und fünf Matrosen werden vermisst.

Nobelpreis und Seipels Steuer. Nach einer Meldung des Wiener „Nach-Abendblatt“ ist dem Professor der medizinischen Chemie an der Czajer Universität Dr. Fritz Seipel eine unangenehme Nebenwirkung zuteil geworden. Seipel ist bekanntlich für seine Arbeiten über transitive organische Nitroverbindungen mit dem Nobelpreis für Chemie beehrt worden, der, in österreichischen Kronen umgerechnet, rund 3.75 Millionen Kr. repräsentiert. Die Steuerbehörde hat nun für den Nobelpreis eine 60prozentige Steuer im Betrage von 2.25 Millionen vorgeföhrt, so daß der Gelehrte ersatt der 3.75 Millionen nur noch 1.5 Millionen erhält.

Die Seeminnenfahrt im Schwarzen Meer. Wie der Entseker „Deverul“ erzählt, verlor der italienische Dampfer „Mario“ auf der Fahrt von Galas nach Odessa infolge Nebels die Richtung und blieb in der Nähe der russischen Küste auf eine Seemine. Infolge der Explosion sank das Schiff mit der gesamten 26 Mann betragenden Besatzung.

Abzug eines Postautos infolge Unfalls. Aus Rom wird gemeldet: Bei Verona stürzte infolge Glätte ein Postautomobil in einen Abgrund. Dem Lenker gelang es, sich durch rechtzeitigen Abprung vom Wagen zu retten. Von den zwölf Reisenden wurden zwei augenblicklich getötet, drei wurden tödlich und die übrigen schwer verletzt.

Ein neuer Flugfeld. Dasas meldet aus Brüssel: Der Walfänger Simonnet verbrachte in seiner zweifhigen Wololette elf Minuten in der Luft und erzielte hiemit einen Rekord.

Unerwartete Folgen einer Sturmflut. Ein in seinen Rückwirkungen ungewöhnliches Naturphänomen ereignete sich kürzlich in der Grafschaft Worcester im Staate Maryland. Während eines sehr heftigen Sturmes, wie er ähnlich in dieser Gegend noch niemals beobachtet wurde und der die Wellen des nahen Meeres tarndhoch emporstürzte, röh der Atlantische Ozean eine Sendebank entgegen, die an einer Stelle der Küste ziemlich weit in die See hinausragte und den Ozean von einer mehr landeinwärts gelegenen Bucht der Sineprenzhal. dämmartig trennte. Diese vom Wasserlauf abgesperrte Lucht trug seit vier Jahren einen sumptreichen Charakter, der mit sich brachte, daß die Eggerd als ungemein angehängt. In diesen Sendebankam nun röh der mächtige Sturm der Wellen ein Loch, das mehr als eine Meile breit war. Dadurch strömte nun das Meer frei in die Bucht und das Sumpfwasser wurde mit in die Flut und Ebbe einbezogen, so daß die Verumpfung vollständig schwand. Noch nicht langer Zeit zeigte die bis dahin vollkommen flache Lucht einen wackeren Reichtum an Schattieren, darunter ein außerordentliches Schattier, ein sogenanntes Clam, die sich in der Bucht in großen Mengen ansiedelte. Es entwickelte sich allmählich in den armen Dörfern rings um die Bucht eine sehr rege Fischindustrie. Man fand, daß sich das Wasser um die Küste zur Aufzucht vorzüglich eignete, und das Fischereiministerium unterstützte die Grasschaft in ausgiebiger Weise bei der Pflanzung von Anstern zum Zwecke des Ausbaues eines lukrativen Küsternganges. Die Erstsaften danken ihre schon schon einjüngende Prosperität nicht andrem als dem seltsamen Watten des Sturmes, das man anfänglich im Hinblick auf die mannigfaltigen Schäden, die das Unwetter an den Häuten und Häusern verursacht hatte, als eine schreckliche Katastrophe betrachtete hatte.

Furcht vor Anklagen in Kalsch. Am Freitag hat die im Stadteile „Am Berg“ wohn-

hafte städtische Arbeitergattin Frau Oberl ihr drei Monate altes Kind in einen Brunnen geworfen und sich sodann ins Zimmer zurückgezogen, den Hals durchschnitten. Die Mutter sowie das Kind sind tot. Das Motiv der Tat ist bisher unangeklärt.

Seine eigene Tochter mißbraucht. Der Schutzmacher Georg Jakob in Eitzelshof (Bezirk Biskopsheim) wurde wegen eines an seiner eigenen Tochter verübten Sittlichkeitsverbrechens verhaftet und dem Pilsener Kreisgerichte eingeliefert. Dieses streifte Verhältniss, das bereits drei Jahre währt, wurde erst in den letzten Tagen bekannt, als der Mörder die sich sträubende Tochter zur Fortscheidung dieses Verhältnisses zwingen wollte.

Nach acht Jahren sisselärter Raubmord. Im Jahre 1915 wurde in Liebau bei Sternberg in Mähren an dem 80jährigen Leiermann Paul Doretel ein rätselhafter Raubmord verübt. Der Greis wurde in einem Wald in einem Gewässer ertränkt und beraubt aufgefunden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, aber das Verbrechen wegen Mangels an Beweisen schließlich eingestellt; das Verbrechen jenes Mordes blieb bisher in Dunkel gehüllt. Erst jetzt nach acht Jahren kam man auf die rechte Spur; die Gendarmerie verhaftete eine gewisse Edle Koch, die gestand, in Gesellschaft einiger Personen, die seinerzeit in Untersuchungshaft gewesen, den Partel in den Wald gelockt zu haben, wo ihn ihre Komplizin, die Adèle Schön, von hinten packte und ihn in den Wald solange unter Wasser hielt, bis er erstickt war. Die anderen Mitverbrecher hielten Wache und beteiligten sich schließlich an der Verabingung. Die Koch gibt an, sie sei damals 15 Jahre alt gewesen und man habe ihr gedroht, daß sie die „eiserne Jungfrau“ in Reustichlein erschossen werde, wenn sie etwas verraten sollte. — Auf die Aufgabe der Koch hin wurden nun auch die anderen Teilnehmer an jenem Verbrechen, das Ehepaar Polzer, Ferd. Koch und die Adèle Schön festgenommen. Nach langem Zeugnen bekannten sie sich schließlich alle zu jener furchtbaren Tat.

Neue Salzlagr in Karstböhmen. In der Nähe von Kusl wurden, nach einer Meldung der „Lidove Noviny“, Lager guten Salzes entdeckt. Wie das genannte Blatt meldet, soll die Abicht bestehen, die Salzlager aufzuarbeiten.

Wetterbericht vom 21. November. Am Freitag lerten die Niederschläge allgemein auf. In Böhmen trat Ausbeiterung ein und die Temperatur sank erheblich. In Prag betrug das Minimum am Samstag — 7 Grad Celsius, in Budweis — 14 Grad Celsius. — Wahrscheinlich es Wetter von heute: Fortdauer der herrschenden Witterung.

Träger Chronik.

Die neuen Fahrpreise der Straßenbahn.

Der Träger Stadtrat verhandelte in seiner letzten Sitzung über den Antrag des Verwaltungsrates der elektrischen Unternehmungen bezüglich Neuregelung der Fahrpreisen auf den elektrischen Straßenbahnen, welche mit 1. Jänner 1924 in Geltung treten soll. Der Verwaltungsrat der elektrischen Straßenbahnen beantragte folgende Preise: Aufsatzarten gültig bis 7.15 Uhr, zu 1.20 K, Aufsatzarten 50 Keller, Fahrarten bei Tag auf vier Zonen 1 K, über vier Zonen 1.20 K, Abendfahrten 2 K, Karten für Radfahrer 2 K, Gepäckkarten 1.50 K, Monatskarten für Invaliden 18 K, für Gemeindeangestellte 20 K, für Wirtschüler 25 K, für Hochschüler 24 K, Streckenkarten 30 K, für eine Strecke 60 K, Monatskarten 1.00 K. Der Stadtrat genehmigte den Antrag des Verwaltungsrates der elektrischen Unternehmungen nicht und beschloß mit 14 Stimmen, auf dem Einheitspreis von einer Krone zu beharren. Der Verwaltungsrat der elektrischen Unternehmungen wird daher neuerlich über diese Preisfrage auf den elektrischen Straßenbahnen verhandeln.

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

„Abrigens“, dachte die Michonneau, „kann ich diesen Kerl nicht leiden. Er hat mir immer nur unangenehme Dinge gesagt.“ „Aber“, fuhr Piret fort, „Sie werden es ja später anerkennen. Es ist, wie dieser Herr gesagt hat, der einen vorzüglichsten Eindruck macht, ganz abgesehen von seiner feinen Garderobe, ein Akt des Gehorsams gegen die Götze, die Gesellschaft von einem Verbrecher zu befreien, selbst wenn er tugendhaft ist. Wer einmal Blut geleckt hat, ist nicht mehr davon abzubringen. Wenn er plötzlich auf den Einfall käme, uns alle umzubringen? Zum Teufel nochmal, uns trafe die Schuld an seinen Morden, ganz abgesehen davon, daß wir die ersten Opfer wären.“ „Fräulein Michonneau war zu sehr in Gedanken, um auf Pirets Worte zu achten, die langsam kamen wie Wassertropfen, die durch einen schlecht schließenden Hahn durchsickern. Wenn der alte Rarr einmal mit seinem Verbrechen begonnen hatte und die Michonneau ihm nicht halt gebot, so sprach er unablässig wie eine aufgezogene Uhr. Wenn er ein Thema angechnitten hatte, so kam er ganz beiläufig zum entgegengelegten, ohne voraus seine Schlüsse zu ziehen. Bis sie vors Haus kamen, hatte er sich auf soviel Abwegen verloren, daß er bei seiner Jugendaussage in Sachen Rogoucau und Morin gelandet war, wo er als Entlastungszeuge gewirkt hatte. In der Pension entging es der Michonneau nicht, daß Rastignac und Victorine Taillefer in einer so angelegentlichen Unterhaltung begriffen waren, daß sie die beiden alten Pensionäre nicht einmal bemerkten. „So mußte es enden“, sagte die Michonneau

zu Piret. Seit acht Tagen machen sie sich gegenseitig so süße Augen, daß es zum Klappen kommen mußte.“ „Ja“, antwortete er, „sie wurde auch verurteilt.“ „Wer?“ „Frau Morin.“ „Ach spreche Ihnen von Victorine“, sagte die Michonneau, die, ohne darauf zu achten, mit in Pirets Zimmer gegangen war, „und Sie antworten mir mit Frau Morin. Wer ist denn diese Frau?“ „Welche Schuld hat Fräulein Victorine denn beangangen?“ fragte Piret. „Sie ist schuldig, Eugen von Rastignac zu lieben, und geht ihren Weg, ohne zu ahnen, wohin er sie führen wird, die arme Unschuld!“ Frau von Nucingen hatte Eugen an jenem Morgen zur Verzweiflung gebracht. Infolge dieses Zusammenbruchs hatte er sich Vautrin völlig anvertraut, ohne sich die Frage zu stellen, weshalb dieser ungewöhnliche Mensch ihn in sein Herz geschlossen habe und welches die Folgen dieses Schrittes wären. Es bedurfte eines Wunders, um ihn aus dem Abgrund herauszuziehen, in den er seinen Fuß seit einer Stunde gesetzt hatte, Victorine süße Versprechungen machend. Das junge Mädchen glaubte die Stimme eines Engels zu hören, sie sah den Himmel offen, die Wände des Hauses Banquer bedeckten sich für sie mit den phantastischen Farben der Paläste im Theater: sie liebte, sie wurde geliebt, wenigstens glaubte sie es! Und welche Frau hätte es nicht geglaubt, wenn sie Rastignac gesehen und gehört hätte in jener Stunde, die allen Augen der Pensi n verborgen blieb? Im Kampf gegen sein Gewissen, wissend, daß er Unrecht tat und tun wollte, im Glauben, daß er diese Sünde durch das Glück einer Frau wieder gutmachen würde, hatte ihn seine Verzweiflung verhöhnt, das höl-

liche Feuer, das er im Herzen trug, steigerte seine Reize. Zu seinem Glück traf das Wunder ein: Vautrin kam ins Zimmer, las in der Seele der beiden jungen Menschen, die er durch hollische Kombinationen verknüpft hatte, aber er hörte ihr Glück, indem er mit spöttischer Stimme sang: „Wie reizend ist meine Fanfette, Schlicht und still...“ Victorine entflo, alles Leid ihres Lebens hatte sich in Freude gewandelt, sie trug ihr Glück wie eine Krone. Armes Mädchen! ein warmer Händedruck, Rastignacs Haar an ihrer Wange, ein Wort so nah an ihr Ohr gehaucht, daß sie die Wärme der Lippen des Studenten gefühlt hatte, ein zitternder Arm um ihre Taille ein süchtiger Ruf auf ihren Hals, das waren die einzigen Augenblicke an ihre Leidenschaft. Dank der Nachbarschaft der beiden Schwestern, die den glanzvollen Preiszimmer bedrohlich nahe war, hätten diese schüchternen Järtlichkeiten mehr verhaltene Gut und Hingabe, als in den rührendsten Liebesbeweisen der berühmtesten Liebesgeschichten brannte. Dem kirchlich erzogenen jungen Mädchen, das alle vierzehn Tage zur Beichte ging, erschienen sie als Verbrecher. Sie hatte in jenem Augenblicke mehr von ihrer Seele verschwendet, als sie später als reiche und glückliche Frau im Augenblicke der Hingabe schenken konnte. „Alles Naht“, sagte Vautrin zu Eugen, „unsere beiden Süßer sind aneinander geraten. Alles hat sich so zugetragen, wie es sich gehört. Meinungsverschiedenheiten. Unsere Taube hat meinen Hals beleidigt. Morgen bei der Redeute zu Clignancourt. Um halb neun Uhr wird Fräulein Taillefer die Liebe und das Vermögen ihres Vaters erben, während sie in aller Gemütsruhe ihr Butterbrot in ihren Kaffee sippen

wird. Es ist doch zum Lachen. Der kleine Taillefer versucht glänzend mit dem Degen umzugehen, er ist der vertrauenseligste Rarr der Welt, aber mit einem Stich, den ich erfunden habe, wird er auf der Stelle tot sein. Man braucht nur die Waffe auf eine bestimmte Art zu heben und die Stirn des Gegners zu berühren. Ich zeige Ihnen diesen Trick einmal, er ist hollisch brauchbar.“ Rastignac starrte blöde vor sich hin und fand kein Wort der Entgegnung. In diesem Augenblicke kamen Vater Goriot, Bianchon und einige andere Pensionäre. „Sie sind nun so, wie ich Sie mir gewünscht habe“, sagte Vautrin. „Sie wissen was Sie tun. Mein junger Adler, Sie werden einst die Welt beherrschen, Sie sind stark und haben Haare auf den Zähnen, ich drücke Ihnen meine Anerkennung aus.“ Er wollte ihm die Hand geben. Rastignac zog die seine lebhaft zurück und fiel blag auf einen Stuhl; er glaubte eine Blutlache vor sich zu sehen. „Ach! wir haben noch einige tugendbesetzte Windeln“, flüsterte ihm Vautrin zu. „Papa Taillefer besitzt drei Millionen, ich kenne kein Vermögen. Die Mitgift wird Sie schneeweiß machen wie das Kleid einer jungen Frau und dies sogar in Ihren eigenen Augen.“ Rastignacs Entschluß war gefast, noch heute abend wollte er Taillefer, Vater und Sohn, benachrichtigen. Kaum hatte ihn Vautrin verlassen, so rannte ihm Vater Goriot ins Ohr: „Sie sind traurig, mein Kind, aber ich will Sie wieder lustig machen. Kommen Sie nur!“ Der alte Rademudelfabrikant steckte seinen dünnen Backsstock an einer der Lampen an, Eugen folgte ihm voller Reuegerde. „Wir wollen auf Ihr Zimmer gehen“, sagte der alte Mann, der sich den Schlüssel von Solito

Kleine Chronik.

Ein Stausee bei Meran. Ein bereits vor dem Kriege entworfenes Projekt wird nun neuerlich ins Auge gefaßt. Durch eine Staumauer von 60 Meter Höhe soll oberhalb der Gießhütte bei Meran ein Badesee geschaffen werden, welcher in der Breite die ganze Talniederung vom Ruchberg bis zur Lajaz ausfüllen soll und eine Länge von rund zwei Kilometer erhalten soll. Tagelöhner würden die Abwässer des Sees in einem Rieserwasserfall in die Gießhütte stürzen, während nachtsüber sie für Elektrizitätswerke auszunutzen beabsichtigt sind. Meran würde durch die Verwirklichung dieses Planes sehr gewinnen.

Das deutsche Schulwesen in Petersburg. Die in nationaler Hinsicht tolerante Richtung der Sowjetregierung ist den ehemaligen deutschen Kirchenschulen Petersburgs zugute gekommen. Sie haben seit dem Jahre 1918 ihre deutsche Unterrichtssprache, die sie seit Beginn des Krieges mit Deutschland aufgeben mußten, wiedererlangt. Dieser tatsächliche Zustand ist in diesem Jahr von der Unterrichtsverwaltung formell anerkannt worden. Ja, noch mehr, die deutschen Schulen sollen die Rolle von Pflanzstätten der deutschen Sprache übernehmen. Sie sind verpflichtet, Klassen mit deutscher Unterrichtssprache zu unterhalten und daneben Klassen mit russischer Unterrichtssprache, in welchen dem Deutschen als Fach eine überaus große Stundenzahl zugewiesen ist. Sonst sind diese Schulen in jeder Hinsicht den übrigen, sogenannten Einheitschulen, gleichgestellt und werden vom Staat gleich diesen unterhalten. Der Stand der Kenntnisse und Leistungen im Deutschen ist übrigens seit dem Jahre 1914 stark zurückgegangen, was hauptsächlich durch die Abwanderung der Deutschen aus Petersburg zu erklären ist. Die Zahl der Deutschen beträgt jetzt kaum mehr als den fünften Teil des früheren Bestandes. Dazu kommt, daß ein nicht geringer Teil der hier Verbliebenen die deutsche Muttersprache verlernt oder überhaupt nicht gelernt hat. So kommt es, daß der kleinste Teil der Schüler deutsche Kinder sind; der Jubrang russischer Kinder in diesen Schulen ist sehr groß. Von den vier ehemaligen großen deutschen Kinderschulen, die im Jahre 1914 insgesamt gegen 5000 Schüler und Schülerinnen hatten, bestehen noch drei. Ihre Schülerzahl ist heute nicht viel geringer, allerdings entfällt ein bedeutender Teil auf die russischen Klassen. Die deutsche Sprache stellt in den Schulen Rußlands unter den Fremdsprachen überhaupt an erster Stelle. Nebenher ist sie verbindlich für alle Schüler der „Einheitschulen“. Die anderen Sprachen sind wahlfrei. In den Militärschulen steht es im wesentlichen nicht anders.

Das tote Kind im Mutterleib. Ein interessanter Fall beschäftigte dieser Tage, wie Kaschauer Blätter melden, die Ärzte des Spitals in Rimassombath. In dem Komitaspital stellte man nämlich eine Schwangerschaft außerhalb der Gebärmutter fest, die in der ärztlichen Praxis selten ist. Vor einiger Zeit erschien in der gynäkologischen Abteilung von Rimassombath eine junge Frau und erklärte, sie sei schon im vierzehnten Monat schwanger. Sie erzählte, sie habe bis zum neunten Monat die Bewegung der Frucht gespürt. Seitdem habe aber jede Lebenserscheinung aufgehört. Die Ärzte einigten sich zu einer Operation, die der Chefarzt Dr. Sigmond durchführte. Nach Öffnung des Leibes fanden die Ärzte ein vollständig entwickeltes, 2600 Gramm schweres, totes Embryo eines Knaben. Das Embryo hatte neun Monate hindurch geliebt, stark aber, und die Frau trug es noch fünf Monate ohne irgendwelche Beschwerden. Die Mutter hätte ihr Kind auf normalem Wege nie zur Welt bringen können, und wenn nicht jetzt die Entfernung operativ erfolgt wäre, hätte sich das Embryo zu einem Ektophädion (Zwilling) entwickelt. Zwanzig Tage nach der Operation verließ die Frau geheilt das Spital.

hatte geben lassen. „Nicht wahr, Sie haben heute morgen geglaubt, sie liebe Sie nicht mehr? Sie hat Sie fortgeschickt und Sie sind verzweifelt und im Zorn fortgegangen. Märchen! Sie hat mich erwartet. Verstehen Sie? Wir haben eine entzückende Wohnung, die Sie in drei Tagen beziehen werden, für Sie hergerichtet. Beraten Sie mich nicht. Sie will Sie überraschen, aber ich wollte Ihnen dies nicht länger vorenthalten. Sie werden Rue d'Artois zwei Schritte von der Rue Saint-Lazare wohnen. Das Heim ist eines Prinzen würdig. Wir haben eine Einrichtung für Sie ausgewählt, wie für eine Neuvermählte. Im letzten Monat haben wir viele Dinge getan, ohne es Ihnen zu verraten. Mein Advokat hat die Sache in Schwung gebracht. Meine Tochter wird über sechshunderttausend Franken, die Zinsen ihrer Mitgift, jährlich verfügen, und ich werde die Anlage ihres gesamten Vermögens in tolsicheren Papieren durchsetzen.“ Rastignac war stumm und ging mit verschränkten Armen in seinem elenden, unzugänglichen Zimmer auf und ab. Vater Goriot benutzte einen Augenblick, um der Studentin den Rücken zulehnen, und setzte ein Embleme aus rotem Morosquin mit dem goldenen Wappen der Rastignacs versehen, auf den Kamin.

„Mein liebes Kind,“ sagte der alte Mann, „ich stecke bis zum Hals in all diesen Dingen. Aber sehen Sie, Egoismus spricht da auch mit, ich bin am Wechsel Ihrer Wohnung stark beteiligt. Sie werden nicht Nein sagen, wenn ich Sie um etwas bitte?“

„Was wollen Sie?“

„Über Ihrer Wohnung in der fünften Etage liegt ein Zimmer, das dazu gehört. Nicht wahr, dort darf ich wohnen? Ich werde alt, ich wohne zu weit weg von meinen Töchtern. Ich werde Sie nicht stören, ich will nur da sein. Sie werden mir jeden Abend von ihr erzählen. Nicht wahr, das wird Sie nicht stören? Wenn Sie noch

Gerichtssaal.

Raubüberfall auf eine Prager Traftantin.

Prag, 23. November. Vor den Prager Geschworenen hatte sich heute der 33jährige beschäftigungslose Karl Anderle wegen Raubes zu verantworten. Anderle kam am 21. September gegen sechs Uhr abends in die Trafik der Wlaska Cernobska in der Heinrichsgasse in Prag II. Im Laden war die Verkäuferin Marie Sleshofer anwesend. Anderle drang mit dem Aufse: „Geld“ auf sie ein und packte sie beim Arm. Der Verkäuferin gelang es jedoch über das Verkaufspult zu springen und auf die Treppe zu gelangen. Sie sperrte rasch hinter sich die Laden-türe zu und rief um Hilfe. Bevor aber noch jemand herbeikommen konnte, hatte Anderle die Türe ausgebrochen und versuchte zu entfliehen. Er wurde von einem Polizisten noch in der Heinrichsgasse festgenommen. In der Tüte des Verkaufspultes befanden sich 5000 Kronen.

Anderle war heute vor den Geschworenen geständig. Nach durchgeführtem Beweisverfahren bejahten die Geschworenen die gestellte Schuldfrage auf nicht vollbrachten Raubes mit 12 Stimmen „Ja“. Der Gerichtshof verurteilte daraufhin Anderle zu fünf Jahren Zerkers.

Wie aus den Protokollen, die heute zur Verlesung gelangten hervorgeht, wurde Anderle bereits viermal wegen Raubes, das letztmal in Gutenbergs, zu drei Jahren schweren Zerkers verurteilt. Die Verhandlung leitete O.-L.-G.-R. Knoblauch.

Eine nicht eingehaltene mündliche Vereinbarung.

Prag, 23. November. Vor einem Berufsungsgericht wurde heute über eine Klage der Komptoiristin A. Benisch verhandelt, die diese gegen den Besitzer des Bankhauses Ratter angeklagt hatte. Die Klägerin verlangt wegen Nichteinhaltung eines Nebenereinkommens die Auszahlung von 2100 Kronen.

Direktor Ratter hatte im Frühjahr in Karlsbad mit dem Versicherungsdirektor Regenstein wegen eines Autokaufes eine Unterredung. Bei dieser Unterredung teilte Regenstein dem Ratter mit, daß er eine Komptoiristin habe, die sehr tüchtig sei, die er aber entlassen werde, weil er sich mit der Organisation nicht verträge. Er fragte Ratter, ob er für das Mädchen nicht vielleicht eine Verwendung wüßte. Ratter, der die Absicht hatte, im Mai in Karlsbad eine Filiale seines Bankhauses zu eröffnen, erkundigte sich, wie viel das Mädchen Gehalt habe, und als er erfuhr, daß sie 700 Kronen monatlich beziehe, erklärte er sich damit einverstanden, das Mädchen für einen eventuell höheren Monatsgehalt bei sich anzustellen.

Am 20. August erhielt Ratter von der Benisch ein Schreiben, in dem diese mitteilte, daß er seine mündliche Vereinbarung betreffend ihre Anstellung mit 1. Mai nicht eingehalten habe und daß sie daher von ihm einen Schadenersatz für drei Monate in der Höhe von 2100 Kronen verlange. Die Sache kam vor das Gewerbegericht. In der damaligen Verhandlung erklärte die Komptoiristin, daß ihr Ratter gesagt habe, die Anstellung sei perfekt und Direktor Regenstein werde sie selbst verständigen. Das Gewerbegericht verurteilte nach durchgeführter Verhandlung damals Regenstein zur Zahlung der 2100 Kronen.

Der Rechtsvertreter Regensteins hatte gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt, über die heute vor einem Berufsungsgerichte unter Vorsitz des Vizepräsidenten Isal verhandelt wurde. Das Berufsungsgericht fällt keine Entscheidung, sondern beschloß, neue Zeugen einzunehmen, die über das Zustandekom-

men des Nebenereinkommens nähere Angaben machen sollen.

Direktor Regenstein hat sich, was festgestellt werden muß, vor der Verhandlung bereit erklärt, in einen Ausgleich einzuwilligen.

Seltene Scherze eines Freudenthaler Stadtrates.

Troppan, 22. November. Am 4. Oktober hatten sich vor dem Troppauer Landesgericht in einer Berufsungsverhandlung die in den Baracken in Freudenthal wohnhaften Adolf G. und Judita A. wegen Ehrenbeleidigung des Verwalters des städtischen Barackenlagers in Freudenthal Schönwälder zu verantworten. Judita A. hatte nämlich behauptet, daß sie Schönwälder im Februar in ihrer Wohnung zu vergewaltigen versucht habe. Das Freudenthaler Bezirksgericht hatte seinerzeit Judita A. wegen dieser Ehrenbeleidigung zu einem Monat Arrest verurteilt. In der Berufsungsverhandlung vom 4. Oktober, die schließlich vertagt wurde, führte Judita A. den Wahrscheinlichkeitsbeweis. Durch die Aussage von verschiedenen Zeugen wurde bestätigt, daß Schönwälder — der nationalsozialistischer Stadtrat ist — sich bei seinen Revisionen in dem Barackenlager nicht immer ganz korrekt benommen habe. Er belästigte die weiblichen Bewohner des Barackenlagers dadurch, daß er an sie nicht mißzuverstehende Anträge stellte.

Bei der heutigen Verhandlung fällt das Berufsungsgericht die Entscheidung, daß Judita A. der geführte Wahrscheinlichkeitsbeweis gelungen sei und daß sie daher von dem Urteil des Freudenthaler Bezirksgerichtes freigesprochen werde. Die Strafe des Adolf G. wurde von einem Monat auf 14 Tage Arrest herabgesetzt.

In der Untersuchung beim Freudenthaler Bezirksgericht hatte Schönwälder erklärt, daß seine Handlungsweise nur als Spaß und Scherz aufgefaßt werden müsse! Der Gang der Verhandlung vor dem Berufsungsgericht hat aber den Beweis erbracht, daß die Richter von der Harmlosigkeit dieser „Spässe“ und „Scherze“ nicht so ohne weiteres überzeugt waren.

Das zweitemal zum Tode verurteilt.

Josef Müller aus Lutetin bei Plumenau ist vom Omlücker Schwurgericht zum zweitenmal zum Tode verurteilt worden. Müller war wegen des gemeinen Mordes angeklagt, den er im Februar 1921 an der Bäuerin Odrštil in Lutetin verübt hatte. Obwohl seine Mutter bei der ersten Schwurgerichtsverhandlung aussetzte, daß er in jener kritischen Nacht die Wohnung nicht verlassen hatte, fällten die Geschworenen dennoch einen Schuldspruch, laut welchem er zum Tode durch den Strang verurteilt wurde. Auf Grund der Zeugenaussage der Mutter wurde jedoch vom Obersten Gerichtshof das Urteil aufgehoben und ein neues Verfahren eingeleitet. Kurz vor der zweiten Verhandlung machte die Mutter einem Nachbarn das Geständnis, daß sie falsch ausgesagt habe und daß ihr Sohn in der bezeichneten Nacht tatsächlich nicht zu Hause war und sie bei seiner Rückkehr an der Wäsche Blutspuren bemerkt hatte. Auf Grund dieses Geständnisses wurde Müller zum zweitenmal zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Mutter aber erhielt wegen der falschen Zeugenaussage zwei Monate schweren Zerkers, bedingt auf zwei Jahre.

Der Prozeß gegen die Regierung Stambolijah verlagt.

Sofia, 23. November. Der Prozeß gegen die ehemaligen Minister des Kabinettes Stambolijah wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, da sich viele Zeugen nicht eingefunden hatten.

Für die Ruhekändler!

Ein im Abgeordnetenhause eingebrachter Gesetzesantrag der Genossen Grünauer, Taub und Hoffmann, durch welchen die Ruhekändlerverhältnisse der im Ruhestand befindlichen Staatsangestellten neu geregelt werden, lautet:

Artikel I.

Unter Staatsangestellten im Sinne dieses Gesetzes sind die Staatsbeamten, Richter, Staatslehrpersonen, nach Artikel II des Gesetzes vom 28. Mai 1919 die Lehrer der Volks- und Bürgerschulen, die Militärgaststätten und die Gendarmen, die Angestellten der staatlichen Unternehmungen und Betriebe, ferner die in die Kategorie der Unterbeamten-Bediensteten gehörigen Personen zu verstehen.

Artikel II.

Das Gesetz vom 3. März 1921 wird durch nachstehende Bestimmungen abgeändert:

§ 1. Die ständigen Ruhegenüsse der im Artikel I genannten Personen werden — soweit diese vor dem 31. August 1919 in den Ruhestand versetzt worden sind — um 20 Prozent erhöht.

Die außerordentlichen Zulagen dieser Angestellten werden nach dem Gesetz vom 20. Dezember 1920 festgesetzt.

§ 2. In gleicher Weise werden auch die Versorgungs-genüsse der Hinterbliebenen der in Paragraph 1 bezeichneten Angestellten erhöht.

Artikel III.

Die Vorschriften des Gesetzes vom 17. Dezember 1919 Nr. 2 werden durch nachstehende Bestimmungen ergänzt:

Den Staatsangestellten, die nach dem 31. August 1919 in den Ruhestand getreten sind und den Hinterbliebenen dieser Angestellten sind die ständigen Ruhe- und Versorgungs-genüsse auf Grund der im Gesetz vom 20. Dezember 1922 festgesetzten Dienstbezüge umzurechnen.

Ebenso sind auch die außerordentlichen Zulagen dieser Personen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu regeln.

Artikel IV.

Die vorstehenden Bestimmungen haben auch auf die Kanzleigehilfen und Gehilfinnen (Offizianten) volle Anwendung zu finden.

Gleichzeitig wird die Verordnung des Handelsministeriums vom 7. August 1913 aufgehoben, derzufolge es den Postoffiziantinnen verboten ist, neben der eigenen Person auch eine Witwenpension zu beziehen.

Artikel V.

Unfallrenten nach dem Gesetze, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter, die ein Staatsangestellter oder seine Familienangehörigen beziehen, sind weder von den Ruhebezügen, noch von den Versorgungs-genüssen in Abzug zu bringen. Damit wird der Artikel IX des Gesetzes vom 17. Dezember 1919 zur Gänze aufgehoben.

Artikel VI.

Die Länder und Gemeinden, sowie die Bezirke und Gaue sind verpflichtet, die Bezüge ihrer pensionierten Beamten, Bediensteten und Hilfsbeamten längstens mit 1. Jänner 1924 im Sinne der vorstehenden Bestimmungen zu regeln.

Artikel VII.

Dieses Gesetz tritt mit Rückwirkung auf den 1. Jänner 1923 die Bestimmung des Artikels II, § 1, letzter Absatz und Artikel III, letzter Absatz, jedoch mit Rückwirkung auf den 1. November 1918 in Kraft.

Hause kommen und ich in meinem Bett liegen werde, werde ich Sie hören und mir sagen: er war mit meiner kleinen Delphine zusammen. Er hat sie auf einen Ball geführt, er hat sie glücklich gemacht. Wenn ich krank wäre, so wäre es Balsam auf meine Wunden, wenn ich hören würde, wie Sie sich bewegen, kommen und gehen. In Ihnen wird soviel von meiner Tochter sein! Ich werde nur einen Schritt zu machen haben, um in den Champs Elysees zu sein, wo meine Tochter jeden Tag vorbeikommt, ich werde sie täglich sehen, während ich jetzt oft zu spät komme. Und vielleicht wird sie zu Ihnen kommen! Ich werde sie hören und sie in ihrem weichen Morgenkleid sehen, wenn sie wie ein Mädchen mit gleitenden Bewegungen durchs Zimmer huscht. Seit einem Monat ist sie wieder lustig und strahlend, wie sie als junges Mädchen war. Ihre Seele gesundet, weil Sie sie glücklich machen. Oh! für Sie will ich das Unmögliche möglich machen. Sie sagte mir vorhin, als ich nach Hause kam: „Papa, ich bin so glücklich!“ Wenn sie zeremoniell „mein Vater“ zu mir sagen, erstarrt mein Herz zu Eis, aber wenn sie mich „Papa“ nennen, so ist mir, als wären sie wieder meine kleinen Mädchen, und alle Erinnerungen werden lebendig. Ich fühle mich ganz als ihr Vater. Mir ist, als ob sie noch niemand angehört.“ Der „alte Mann“ trönet seine Augen, er weinte. „Es ist lange her, daß sie mich nicht mehr Papa genannt und mir den Arm gegeben hat. Ja, es sind zehn Jahre her, daß ich nicht mehr neben einer meiner Töchter gegangen bin. Wie tut es gut, ihr Leid zu fühlen, sich ihrem Schritt anzupassen, die Wärme zu spüren, die von ihr ausstrahlt. Heute war ich den ganzen Morgen mit Delphine unterwegs. Ich habe Besorgungen mit ihr gemacht und habe sie nach Hause begleitet. Oh, behalten Sie mich bei sich. Sie werden vielleicht einmal jemand brauchen, der etwas für Sie tun kann, ich werde immer

für Sie da sein. Wie glücklich wäre mein Kind, wenn dieser dicke elstfällige Klotz sterben würde, wenn seine Gicht soviel Verstand hätte, ihm bis in den Magen zu steigen! Sie wären mein Schwiegerohn und ihr offizieller Gatte. Sie ist so unglücklich und kennt die Freuden der Welt so wenig, daß ich sie von all ihren Sünden losspreche. Der liebe Gott hält es mit den Vätern, die ganz Liebe sind. Sie liebt Sie so sehr!“ sagte er nach einer Pause mit energischem Kopfnicken. „Untertweg sprach sie von Ihnen: Nicht wahr, Papa, er ist sehr gut. Fragt er viel nach mir?“ Von der Rue d'Artois bis zum Panorama hat sie mir Bände erzählt. Sie hat mir ihr Herz ganz offenbart. An diesem ganzen schönen Morzen war mein Alter verkfogen, ich habe meinen Körper nicht mehr gefühlt. Ich habe ihr erzählt, daß Sie mir den Taufendstrankenschein wi-dergegeben haben. Ach das liebe Kind, es war bis zu Tränen gerührt! Was haben Sie denn hier auf Ihrem Kamin?“ fragte Vater Goriot schließlich. Er verging vor Ungebuld, weil Rastignac immer noch unbeweglich war.

Eugen, der — nichts begriff, sah seinen Nachbar ganz bestürzt an. Das Duell, von dem Vautrin gesprochen hatte, stand mit der Verwirklichung seiner schönsten Hoffnungen in einem so graufamen Widerspruch, daß er nicht recht wußte, ob er wache oder einen schweren Traum habe. Er wandte sich um, sah das kleine Etui auf dem Kamin, öffnete es und fand einen Zettel über einer Taschenuhr. Auf dem Zettel standen die Worte: „Ich möchte, daß Sie zu jeder Stunde an mich denken, weil...“

Delphine.“

Das letzte Wort bezog sich auf eine Auseinandersetzung, die sie miteinander gehabt hatten. Eugen war gerührt. Sein Wappen war im Innern der Schachtel mit Email eingelegt. Dieses so lang begehrte Schmuckstück, die Kette, der Schlüssel, die Form der Uhr und das eingelegte

Ornament, alles entsprach seinen Wünschen. Vater Goriot strahlte. Er hatte sicherlich seiner Tochter versprochen, ihr keine Nuance von Eugens Ueberraschung vorzuenthalten, er war der Vertraute dieser jungen Liebe und sicherlich nicht der wenigst Glückliche. Er liebte Rastignac um seiner Tochter und um seiner selbst willen.

„Sie erwartet Sie heute abend. Der dicke Elstfasser ist bei seiner Tänzerin zu Tisch. Er war ordentlich überrascht, als ihm mein Anwalt seinen Fall largelegt hat. Er behauptet, meine Tochter über alle Begriffe zu lieben. Er wagt nur, sie anzurühren, und ich bringe ihn um. Die Vorstellung, daß er meine Delphine in seinen Armen hält... würde mich zu einem Verbrechen treiben, aber das wäre nicht einmal Mord: auf seinem Schweinskörper sieht ein Kalbskopf. Nicht wahr, Sie nehmen mich mit?“

„Gewiß, guter Vater Goriot, Sie wissen doch, daß ich Sie lieb habe...“

„Ich weiß, Sie schämen sich meiner nicht, Sie nicht.“ Er umarmte den Studenten. „Sie werden sie glücklich machen, versprechen Sie es mir. Sie geben heute abend zu ihr, nicht wahr?“

O gewiß! Und dabei habe ich unausschiebbare Pflichten.“

„Kann ich Ihnen irgendwie nützlich sein?“

„Meiner Frau, ja! Während ich zu Franz von Rucingen gehe, geben Sie zu Herrin Zaillefer und bitten ihn, mich heute abend in einer Anglegenheit, die keinen Aufschub verträgt, zu empfangen.“

„Sollte es wahr sein, junger Mann,“ sagte Goriot mit ganz verändertem Geiz, „sollten Sie seiner Tochter den Hof machen, wie die Narren unten schwören? Zum Donnerwetter, Sie wissen nicht, was ein Schlag à la Ruciot ist. Wenn Sie uns betrügen, so werden Sie daran glauben müssen. Aber das ist unmöglich!“

(Fortsetzung folgt.)

Artikel VIII.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes werden sämtliche Ministerien betraut.

Diesem Antrag ist eine umfangreiche Begründung beigelegt.

Eine Interpellation der Abgeordneten Genossen Czsch, Taub und Grünauer an den Finanzminister behandelt die den vorübergehend ins Ausland reisenden Ruheständlern gemachten Abzüge.

Die Finanzlandesdirektionen haben den Zeitungen Mitteilungen zugehen lassen, nach welchen allen Personen, welche von einer öffentlichen Stelle einen Ruhegehalt beziehen, diesen grundsätzlich nur unter der Bedingung des Bezuges und Genusses im Inlande erhalten. Die Ruheständler bedürfen laut dieser amtlichen Kundmachung zur Ausreise ins Ausland, gleichviel, ob es sich um einen längeren oder kürzeren Aufenthalt handelt, einer besonderen Bewilligung der zuständigen Behörden. Aber selbst im Falle der Erteilung dieser Bewilligung sind die Ruheständler für die Dauer des Aufenthaltes im Auslande gewissen Abzügen unterworfen; ein eigenmächtiges Verlassen des Staatsgebietes hat den vollständigen Verlust des Ruhegehaltes zur Folge.

Wenn ein Pensionist auch nur auf einige Tage ins Ausland fährt, verliert er die Leistungsbeträge für den ganzen Monat und wenn er einen Tag über den betreffenden Monat ausbleibt, werden ihm auch Abzüge für den zweiten Monat gemacht. Fährt ein Pensionist ohne Bewilligung auch nur für einen Tag ins Ausland, verliert er die ganze Pension. Wir halten diesen Vorgang, der seitens der administrativen Behörden beobachtet wird, als gesehlich nicht begründet. Der Hinweis auf alle Dekrete, dessen sich die Kemter bedienen, trifft auch deshalb nicht zu, weil in der damaligen Zeit Pässe überhaupt nicht ausgestellt wurden und fast eine vollkommene Freizügigkeit im Reiseverkehr bestanden hat.

Nach den uns gewordenen Informationen haben die politischen Kemter, bezw. die Polizeidirektionen den Auftrag, bei der Ausstellung eines Passes an Pensionisten oder Hinterbliebene die Anzeige an die zuständige Finanzlandesdirektion zu machen, welche sodann den Pensionisten die Pässe zur Einsichtnahme abverlangt. In einer ganzen Reihe von Fällen wurden nun, gestützt auf diese Verfügungen, Abzüge durchgeführt.

Die Interpellanten stellen deshalb an den Finanzminister die Anfrage:

Ist er bereit, diesen weder durch die Gesetze noch durch die seinerzeitigen Dekrete und Erlasse gerechtfertigten Vorgang abzustellen und zu verfügen, daß die Bestimmungen des Gesetzes nur insofern gehandhabt werden, wenn es sich um Pensionisten handelt, die während im Auslande Aufenthalt nehmen?

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der außerordentliche Kongress des Unitären Gewerkschaftsbundes in Frankreich.

Da sich in den Reihen des Unitären (kommunistischen) Gewerkschaftsbundes (C. G. T. U.) in letzter Zeit eine stark zunehmende Opposition gegen die Auslieferung der Gewerkschaften an die kommunistische Partei und Moskau geltend machte, wurde letzte Woche in Bourges ein außerordentlicher Kongress abgehalten. Obwohl vorausgesehen war, daß die nach Moskau orientierte Mehrheit siegen werde, waren die Meinungsverschiedenheiten so groß, daß es schwer hält, sich in dem Chaos von Meinungen, Tendenzen und Einwendungen zurechtzufinden, das diesen Kongress zur Folge der Einheit machte, die dem Verband den Namen gab und seine Daseinsberechtigung neben dem ordentlichen Gewerkschaftsbund (C. G. T.) beweisen sollte.

Trotzdem sich der Kongress in langen und hitzigen Auseinandersetzungen selbst nicht darüber klar werden konnte, wie viele Richtungen eigentlich in Erscheinung treten, kann man die Meinheiten in zwei Hauptgruppen einteilen: 1) in entschiedene Gegner der roten Gewerkschaftsinternationale (R. G. I.). Diese halten die R. G. I. für den ausgemachten Handlanger der kommunistischen Internationale (K. I.), die darauf ausgeht, die Arbeiterklasse aller Länder der Sowjetregierung unterzuordnen; 2) in Elemente, die nicht ausgesprochen gegen den Anschluß an die R. G. I. sind, jedoch finden, man habe es nicht nötig, vor der R. G. I. auf den Knien zu liegen.

Die gegenseitigen Schimpfereien erreichten den Höhepunkt, als eine Deutschrift der R. G. I. zur Verfügung gelangte, in der u. a. gesagt wird, daß die Internationale „ohne Zweifel das Recht habe, sich in die inneren Angelegenheiten der nationalen Organisationen zu mischen“, und der Opposition vorgeworfen wird, daß sie bestrebt sei, den französischen Gewerkschaften in der Internationale die gleiche Rolle zuzuwenden, die der französische Imperialismus im europäischen Mächtekongress spielte.

In Beantwortung dieser Feststellungen sagte Vorträge (Minderheit) umfassend u. a.: „Das Dokument der R. G. I. ist eine Provokation. Trotz meiner Gefühle für die R. G. I. sage ich: Wir sind hier nicht mehr in einem Gewerkschaftskongress, sondern in einer politischen Versammlung.“

Die sogenannte „Unterwerfungs-Resolution“ der Mehrheit ist, wie schon angedeutet, zum

Schluss mit 978 gegen 360 Stimmen angenommen worden. Nach erfolgter Abstimmung gab Blaffort im Namen der Minderheit folgende Erklärung ab: „Der Zahl der Mandate nach hat eine Mehrheit der Debatte von Senard zugestimmt. Wir nehmen diese Mehrheit nicht an. Die angenommene Resolution ist keine gewerkschaftliche Resolution. Die Gewerkschaftsbewegung ist mehr als je in Gefahr. Die Politik hat gesiegt. Trotz alledem wird die Minderheit in der C. G. T. U. bleiben. Sie wird sie nicht verlassen und ihre Opposition fortsetzen, damit der gesellschaftliche Gedanke wieder seinen verlorenen Platz zurückgewinnen kann. Sie wird das gewerkschaftliche Banner hochhalten und mit allen Mitteln zu schützen wissen.“

In der Deutschrift der R. G. I. heißt es auch, daß diese eine Spaltung der C. G. T. U. als ein Verbrechen betrachten würde, als den größten Verrat gegenüber den Interessen des internationalen Proletariats. Es würde nach innen die Rückkehr des Zwölftundertages und auf der ganzen Linie eine Stärkung der Reaktion bedeuten.

Die Spaltung wurde in der Tat vermieden, doch die Uneinigkeit dauert ungeschwächt fort und lähmt die Aktion. Monmousseau, der Führer der Mehrheit, sagte in einer seiner Reden selbst: „Wenn die gegenwärtige Sachlage andauert, werden sich die Gewerkschaften allmählich in Ratschgesellschaften verwandeln. Der Tendenzkampf hat die Kampfkraft der einzelnen Gruppen schon jetzt um 50 Prozent verringert.“ — Wenn ein Körper aber lahm ist, spielt es wirklich keine Rolle mehr, ob ein Glied abgetrennt wird oder nicht. Im übrigen hat die R. G. I. schon durch die erste Spaltung innerhalb der C. G. T. U. dafür gesorgt, daß ihre Befürchtungen auf dem Wege der Erfüllung sind. Was heute ein Verbrechen ist, war es damals nicht weniger.

Auf dem Kongress kam zum Schluss auch die Frage der Hilfeleistung für die deutschen Kameraden zur Sprache. Trotzdem der größte Teil der Deutschrift Moskaus diesem Punkt gewidmet ist und darauf gepocht wird, daß die R. G. I. eine einzige große Kampfgemeinschaft und nicht eine Summe von nationalen Gruppen sei, wurde nicht einmal bei dieser Geste Einstimmigkeit erzielt und die Resolution der Minderheit tadelt die „Bluffhaltung“ der Mehrheitsmitglieder der Exekutive gegenüber den Ereignissen in Deutschland. Es sei „ein Bluff, der sowohl dem deutschen wie auch dem französischen Proletariat nur Schaden könne.“

Die Resolution der Mehrheit, die an alle Arbeiter-Organisationen und besonders an die C. G. T. appelliert und sie zur Herstellung der Einheit in der Aktion auffordert, um das deutsche Proletariat mit allen Mitteln und wenn nötig mit dem Generalstreik zu unterstützen, wurde mit 971 gegen 356 Stimmen angenommen.

Der Bankausbruch beim Finanzministerium hielt am 23. d. M. unter Vorsitz des Finanzministers seine Monatsitzung ab. Aus dem Geschäftsbericht für den Zeitabschnitt vom 15. Oktober bis 15. November 1923 ist ersichtlich, daß die Flüssigkeit am Geldmarkt stark zurückging. Der Eingang der Zahlungen auf die Vermögensabgabe hat sich erhöht. Auf dem Devisenmarkt machte sich der Kursrückgang aller europäischen Zahlungsmittel auf dem New Yorker Markt bemerkbar, wobei jedoch der Kurs der tschechoslowakischen Krone einen geringeren Rückgang aufweist als die Kurse der übrigen Zahlungsmittel. In den letzten Tagen weisen die europäischen Devisen in New York eine festere Tendenz auf. Die Ansprüche an das Bankamt in fremden Zahlungsmitteln waren bedeutend; ein bedeutender Teil hiervon fand für die Bezahlung von Rohstoffbezügen Verwendung. Das Ergebnis der Zuckerkampagne wird einen starken Zudeverport ermöglichen und zur Verbesserung unserer Handelsbilanz wesentlich beitragen.

Westböhmische Kreisgenossenschaft Eger. Die genannte Genossenschaft veröffentlichte vorben ihren Jubiläumsbericht, denn es sind heuer 25 Jahre, seitdem der Arbeiterkonsumverein „Eintracht“ in Eger, der Stammverein der westböhmischen Kreisgenossenschaft, gegründet wurde. Aus diesem Anlaß wird der Jahresbericht durch eine geschichtliche Uebersicht eingeleitet, die für die Entstehung der Genossenschaften in Westböhmen ungemein interessantes Material bietet. Das bedeutendste Ereignis dieses Jahres ist die Verschmelzung der drei Bezirkskonsumvereine in Eger, Eger und Auschowitz. Die vereinigte Genossenschaft umfaßt nunmehr 6254 Mitglieder mit etwa 25.000 Gruppen, welche in 37 Verkaufsstellen mit Ware versorgt werden. Der Warenumsatz der Egerer Genossenschaft allein betrug über acht Millionen Kronen, das Spareinlagenkonto weist einen Stand von 2,5 Millionen auf. Im Bericht folgt dann der Rechnungsabschluss sowie die Vermögensbilanz und eine Reihe interessanter statistischer Tabellen über die Entwicklung der Genossenschaft seit ihrer Gründung. Ein Kalenderium macht den Jahresbericht für die Mitglieder zu einem praktischen Handbuch.

Die Arbeitslosenunterstützung der Bühnenangestellten. Wir haben in unserer Nummer vom 11. November eine Notiz gebracht, in der wir ausgeführt haben, daß die stollenlosen Theatermitglieder in Reichenberg eine Zeilang von der Pensionsanstalt Stellenlosenunterstützung erhielten, die ihnen jedoch im September eingestellt wurde. Die Landesstelle II. der Allgemeinen Pensionsanstalt hat uns nun eine ausführliche Entgegnung geschickt, in der sie darauf hinweist, daß die Stellenlosenunterstützung durch die Pensionsanstalt eine freiwillige Leistung ist, daß die Versicherungsprämien nur zur Deckung der Pensionen bestimmt sind, und daß die Anstalt den ar-

beitslosen Gewordenen nicht viel bieten kann. Die Landesstelle II., in deren Sprengel die deutschen Bezirke Böhmens fallen, hätte im heurigen Jahr schon gegen 400.000 Kronen verbraucht, das ist mehr als alle anderen Landesstellen zusammen. — Demgegenüber ist natürlich festzustellen, daß gerade in den deutschen Gebieten Böhmens die Arbeitslosigkeit eine große ist, wodurch auch die erhöhten Leistungen der Landesstelle II. erklärt werden. Im übrigen werden sich die Musiker und Bühnenangestellten des Reichenberger Theaters bemühen, die staatliche Arbeitslosenunterstützung zu erhalten und die Angestelltenvereinigung im deutschen Gewerkschaftsbund wird ihnen hierbei ihre Unterstützung zuteil werden lassen.

Goldmieten in Deutschland. Von den neuen in Deutschland geplanten Steuern ist besonders steigend die Biersteuer, denn es sollen mit 30. September nächsten Jahres wieder Goldmieten erhoben werden, von denen das Reich 60 Prozent und die Hausbesitzer 40 Prozent erhalten sollen.

Die bösen Amsterdamer. In der kommunistischen „Internationalen Presskorrespondenz“ vom 10. November heißt es in einem Artikel über „Die Einheitsfront Amsterdam—Moskau“:

„Die Vertreter der Amsterdamer Internationalen pflegen noch wie vor eine aktive Zusammenarbeit mit der internationalen Bourgeoisie, wie wieder kürzlich auf der letzten internationalen Arbeitskonferenz in Genf, wo, wie man uns versichert, d'Aragona als technischer Vertreter des „Arbeitervertreter“ Koffini, des Generalsekretärs der faschistischen Verbände, fungierte. Dagegen hört man so gut wie gar nichts von ihren Willen und ihrer Tatkraft, mit dem revolutionären Teil der Arbeiterklasse zusammenzuarbeiten.“

Demgegenüber ist festzustellen, daß d'Aragona in voller Uebereinstimmung mit der Leitung der italienischen Gewerkschaften abgelehnt hat, als technischer Vertreter an der Seite eines Mannes tätig zu sein, dessen Organisation nicht als Arbeiterorganisation betrachtet werden kann. Durch die Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Faschisten entgeht d'Aragona auch der Gefahr, mit ihnen wieder zusammenzutreffen, die einst zum revolutionären Teil der italienischen Arbeiterchaft gehörten und von denen d'Aragona und der Vorstand des Italienischen Gewerkschaftsbundes als Reaktionen bezeichnet wurden.

Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung Jugoslawiens. In der jugoslawischen Gewerkschaftsbewegung macht sich in letzter Zeit eine Neubewegung bemerkbar. So findet am 25. November in Belgrad ein Metallarbeiterkongress statt, dessen Aufgabe die Vereinigung der zwei bis jetzt getrennten Metallarbeiterorganisationen der Amsterdamer Richtung sein soll. Die eine dieser Organisationen, der Metallarbeiterverband, erstreckt sich auf das ganze Staatsgebiet, mit Ausnahme Sloweniens, für das der Zentralverein der Metallarbeiter, einer der besten und stärksten Gewerkschaften Jugoslawiens, zuständig ist. Wegen der Zerstückelung der Gewerkschaften durch die Kommunisten, wurde die Vereinigung derjenigen Gewerkschaften, die der Amsterdamer Richtung angehören, aufgeschoben. Nachdem nunmehr eine gewisse Klärung eingetreten ist, sind die Verhandlungen wieder aufgenommen. Auch unter den Bergarbeitern und Eisenbahnarbeitern Bosniens sind Fortschritte zu verzeichnen. Am 30. Oktober fand in Vares eine konstituierende Generalversammlung der Bergarbeiterorganisationen und der Eisenbahnarbeiter statt.

Devisentur.

Rüricher Schlusskurse am 24. Novemb.

Table with 3 columns: Location, Gold, Ware. Rows include Bar, London, Paris, Rotterdam, Holland, Wien, Subabest, Brau, New York, Belgard, Barisau.

Vorträge.

Probleme der Kultur. Ueber dieses Thema sprach am Freitag Genosse Professor Abramowitzsch (Moskau). Der Vortragende, der leidet mit einer körperlichen Indisposition kämpfen mußte, legte seinen Vortrag sehr gründlich an. Ausgehend von aus dem Publikum hervorgehenden Äußerungen, bestimmte der Vortragende zunächst den Inhalt des Kulturbegriffes als die Gesamtheit der jeweils gegebenen, die Gesellschaft fördernden und erhaltenden Werte. Wert ist nun selbst ein gesellschaftliches Moment. Er entsteht dort, wo die Möglichkeit der Befriedigung nicht individuell, persönlich, sondern schieblich menschlicher Bedürfnisse gegeben ist. Wert ist ein aufgestapelter Vorrat an Befriedigungsmöglichkeiten von wendlichen allgemein menschlichen oder gesellschaftlichen Bedürfnissen. Kultur entsteht erst dort, wo die Menschen bewußt Vorrat herzustellen beginnen. Das gilt nicht für die Urzeit, die nur von der Hand in den Mund lebt. Sobald der Mensch in die Zukunft blickend Vorräte aufzustapeln beginnt, bedient er sich hierbei auch der Erfahrungen der Vergangenheit und schafft das Werkzeug. Damit tritt aber schon die Spezialisierung in der Arbeit auf ein. Die Verschiedenheit des Erfahrungswissens macht sich geltend. Damit ist dann weiters das Erfordernis der Organisation des gesellschaftlichen Lebensprozesses gegeben, welches die Kulturen, die am reichsten an individueller Erfahrung sind, erfüllen

Mit dem Durchgreifen der Spezialisierung ergeben sich also Sonderfunktionen innerhalb der Gesellschaft, die die Sonderung der Gesellschaft in Klassen begründen. Daher trägt auch der Wert, insofern er dem ganzen Stempel um Prommer gerecht, Klassencharakter. Eine jede Kultur ist darum stets eine Klassenkultur. Der zweite Teil des Vortrages, der Montag um 8 Uhr über den Gebilde des Mädchenheims stattfindet, wird sich mit der Analyse der modernen Kultur befassen und von den Kulturwächern der Zukunft handeln. — Am Vortrage selbst möchten wir bemerken, daß wir vor allem gewünscht hätten, der Vortragende hätte genauer gezeigt, inwiefern die Gruppen, oder Klassenabhängigkeit des Wertes seine allgemeine Durchsetzung also auch bei den Angehörigen aller anderen Klassen erreicht. Dann würde unseres Erachtens der Kernpunkt des Vortrages, die Aufhebung der Bedingtheit aller Kultur von der Arbeit, damit, von der Kunst der Naturbeherrschung, deutlicher hervorzuweisen sein. Auch war die zeltraubende Diskussion dem mehr als zweistündigen Vortrage nicht günstig. P.

Literatur.

„Der Rose Stern“ von A. Bogdanoff. Dieser utopische Roman ist, von Germania Buchverlag ins Deutsche übersetzt, kürzlich als „zweites Buch“ im Verlag der kommunistischen Jugendinternationale in Berlin-Schöneberg erschienen. Der Verfasser dieses Romanes gibt der Reise eines Erdennenschen auf den Planeten Mars die russische Revolution zum Hintergrund. Mit viel Phantasie ist der Flug im „Aetheron“ zum Mars geschildert, dessen Bewohner, ein fortgeschrittener Typus Mensch, seit langem schon eine auf höchster technischer und kultureller Entwicklung stehende kommunistische Gesellschaft gebildet haben. Der russische Revolutionär, der als erstes Erdentind auf den Mars gelangt, scheitert an dem Versuche, eine Verbindung zwischen den beiden Planeten herzustellen und wird wieder „heimwärts“ geschickt, wo eben der Entscheidungskampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausgefochten wird. Der Sieg der Revolution eröffnet dann die Perspektive in eine Zukunft, die die Erdennenschen mit dem kommunistischen Ideal beglückt, dessen die Marsbewohner längst teilhaftig sind. — Manches Kapitel, manche Einzelheit des Romanes verdienen Interesse zu treffen. Doch fehlt außer besonderer Ursprünglichkeit gar oft jenes auch nur bescheidene Maß von Logik, das man auch bei einem utopischen Roman nicht vermissen will. Selbst wenn man annimmt, daß der Autor nur deshalb mit Weitverbreitungen sparte, um der Phantasie des Lesers größeren Spielraum zu lassen, sieht man bei der Lektüre dieses Buches allzuoft auf diesen Mangel. Nichtsdestoweniger wird es manchem der Jungen als guter Ersatz für überholte Jules Verne-Romane willkommen sein. —dt.

Kunst und Wissen.

Dr Rudolf Tyrolt ein fünfundfzigjähriger. Dieser Tage beging Dr. Rudolf Tyrolt, einer der volkstümlichsten und wohl auch größten lebenden Schauspieler Wiens seinen 75. Geburtstag. Er feierte ihn auf den Brettern in einer seiner besten Rollen, als Briefträger Klemm in „Solos Vater“, in einer zugunsten der Deutschlandhilfe veranstalteten Vorstellung des deutschen Volkstheaters. Ein halbes Jahrhundert gehört Tyrolt, der sich als Doktor der Rechte dem Schauspielberuf zuwandte, der Bühne an. Von Laube im alten Stadttheater zu den größten Charakterrollen herangebildet, gehörte er ein paar kurze Jahre dem Burgtheater an und wirkte später am deutschen Volkstheater, wo er durch seine musterhafte und unübertreffliche Darstellung der Charakterrollen weit über seine engere Heimat hinaus reichenden Ruf erlangte. Seine größte Leistung ist wohl der Schlanter in „Legengrubers „Vierem Gebot“. (Es ist kaum ein Jahr her, daß der greise, ewig junge Künstler in dieser seiner Glanzrolle die Besucher einer Arbeiterdarstellung in Prag zu ungeheurer Bewunderung hinstieß.) Dr. Tyrolt wurde an seinem Jubeltag hoch geehrt, unter anderem hielt auf den Brettern des Volkstheaters Bürgermeister Genosse Seip an den Künstler eine Ansprache, dem als Zeichen der Anerkennung die Verehrung des Bürgerrechtes der Stadt Wien angekindigt wurde.

Das zweite Konzert Battistinis findet am 27. d. um 7/8 Uhr in der Luzerna statt. Battistini singt u. a. den „Prolog“ aus Pajazzo. Karten zu ermäßigten Preisen schon bei Wegler und Truhlf. (Karten mit Datum vom 26. sind für den 27. gültig.)

Jens Hubay, der berühmte ungarische Geiger, gibt am 30. November in der Luzerna um 7/8 Uhr ein Konzert. Karten bei Wegler und Truhlf.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute, 2 1/2 Uhr, Kreiereinnehmer-Vorstellung „Die Siegerin“, 7 1/2, Gaspispielt Battistini-Salvatini „Tosca“, morgen Montag, Gaspispielt Sterned.

Die Einführung aus dem Serail“, Dienstag „Mädli“, Mittwoch und Freitag Gaspispielt Leopoldine Konstantin mit dem Ensemble des Wiener Raimundtheaters „Die Sache Makropulos“, Donnerstag Gaspispielt Konstantin-Wiener, Raimundtheater „Falschung“.

Andor Gabor, einer der bekanntesten ungarischen Schriftsteller, trägt Samstag, den 1. Dezember nachmittags um 3 Uhr im Uraniaaal aus seinen jüngsten Werken in deutscher und magyarischer Sprache vor. — Karten in der „Urania“.

Dritte Arbeiter-Vorstellung „Mignon“. Kommen Sonntag, den 2. Dezember, im Neuen Theater, 2 1/2 Uhr, die neuinstudierte Thomas-Oper „Mignon“. Bedeutend ermäßigte Preise. Kartenvorverkauf täglich bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Bazar.

Irania.

Heute, 11 Uhr: Beginn des Kurzes „Deutsche Mythologie von Klopstock bis Werfel“, Dr. Josef Körner. Sehn Stunden: 30 K.

Heute, 4 Uhr nachm.: „Japan“ mit Lichtb., Reichenstein. Dresden. 60 teils farbige Lichtbilder begleiten den interessanten Vortrag und vermitteln das schöne Land mit seinen uralten Kulturdenkmälern, reizvollen Landschaften und dem Japaneiser einen eigenartigen Kunst. Karten 3, Mitgl. 4 K, Stehp. 2 und 3 K.

Montag, 6 Uhr: „Flecht“, Architekt Rudolf Hoff.

Montag, 6 Uhr: „Einführung in die englische Literatur“, Dr. Prof. Volz/Dietrich. Einzelkarten 4, Mitgl. 3 K.

„Aberglauben im Geschlechtsleben“ mit Lichtb., Reichenstein. Montag, den 26. d., 8 Uhr (Kinosaal). Die Originallichtbilder zeigen eigenartige abergläubische Sitten und Gebräuche: Reizezeremonien, Liebes- und Fruchtungszauber, Geburt usw. Karten 10 bis 4, Mitgl. 8 bis 3 K.

„Probleme der Kultur“ (Fortsetzung), Prof. Abrahamovitch. Montag, 26., 8 Uhr. Veranstaltet vom Verband der Bank- und Sparkassendirektoren. Ort: Turnsaal, Deutsches Mädchenlyzeum. Karten 6 und 4 K.

„Prager Kammer-Orchester“, Eröffnungskonzert. Montag, 26., 8 Uhr. Solisten: Prof. Willy Schwedda, Kontrabaß, Frankensbusch. Leitung: Erich Wachtel. Programm u. a.: Händel: Concerto grosso; Bach: Konzert D-Moll für zwei Violinen usw. Karten 15 bis 5, Mitgl. 13 bis 4 K.

„Stimmen der Völker in Liedern“ mit Lichtb. und Phonogramm-Demonstrationen. Univ.-Prof. Doegen (Berlin). Mittwoch, 28. d., 8 Uhr. Eine märchenhafte Reise in die Welt: Schottischer Tindal, Signale der Negertrommel, russische, indische, sibirische Volksweisen ertönen in vollkommener Naturwahrheit und Klangfarbe. Unter anderen Persönlichkeiten erklingt die Stimme von Rabindranath Tagore. Sänger, Sprecher und Musiker erscheinen zu gleicher Zeit im Lichtbild. Karten 10 bis 4, Mitgl. 8 bis 3 K.

„Sprache, Volkstum und Dichtung im Lichte der Anthroposophie“, Dr. Herbert Hahn (Stuttgart). Donnerstag, 29., 8 Uhr.

(Gemeinsam mit der „Anthroposophischen Gesellschaft“) Karten 7 bis 5, Mitgl. 6 bis 4 K.

Iran-Urania-Kino.

Heute, halb 11 Uhr vormittags, Matinee zu bed. ermäßigten Preisen: 2 bis 7 K. Weitere Vorstellungen: 3, halb 6 u. 8 Uhr; morgen halb 6 Uhr: „Panina“ oder „Die Salgenhochzeit“. In den Hauptrollen: Asta Nielsen, Paul Wegener, Paul Hartmann. Dazu: „Chaplin als Hüter der öffentlichen Ordnung“, Lustspiel, und „Barr. Königsklöpper“, Naturausnahmen. Preise der Plätze: 3 bis 12 K.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag. Mittwoch, den 28. November 1923, acht Uhr abends, wichtige Sitzung der vollständigen Ortsgruppenleitung. 1947

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Der im Anschlusse an den Vortrag des Abg. Kreibitz geplante Debattenabend über marxistischen und nationalen Sozialismus findet nicht statt, da die nationalsozialistischen Studenten nachträglich eine Teilnahme daran ablehnten. — Unsere Mitglieder beteiligen sich korporativ an der Studenterversammlung, welche der Internat. Ausschuss soz. Studenten für Dienstag, den 27. ds., 8 Uhr, auf die Schützeninsel einberuft.

Der Film.

Italienische Filme. Die italienische Filmproduktion hat in den letzten Jahren ein respektables Niveau erreicht. Wir hatten in der vergangenen Woche Gelegenheit, zwei von der Filmgesellschaft Singer und Co. auf der Prager Filmbörse vorgeführte Dramen italienischer Herkunft zu sehen: „Die Deute“, eine „Sittentragödie“, hatte eine einfach Handlung ohne äußere Komplikationen zum Inhalte. Drei Schwestern stehen im Banne eines Mannes. Eine wird seine Frau; am Tage vor der Hochzeit fällt die zweite seiner ungebändigten Gier zum Opfer. Er wendet sein Interesse schließlich der dritten, jüngsten zu, die nicht ahnt, in welcher Gefahr sie schwebt, und die im letzten Moment von der zweiten Schwester durch Ermordung des Verführers gerettet wird.

Außerordentlich ist die schauspielerische Leistung Maria Jakobinis und der Darstellerinnen der beiden anderen Frauengestalten, die den Film insofern ihrer psychologisch vertieften Darstellung zu einem Genuß machen. — „Die Wahrsagerin“, das zweite Drama, behandelt die Geschichte eines Landmädchens, das infolge grauenhafter Verhältnisse im Vaterhause den moralischen Halt verliert, in der großstädtischen Welt der Mittelpunkt des Interesses wird und schließlich ins Kloster geht. Die Fabel ist nicht allzu originell, aber die große Ausstattung und die grandiose Leistung Italia Manginis in der Hauptrolle stellen auch diesen Film weit über den landläufigen Durchschnitt. S. R.

Turnen und Sport.

Heutige Wettkämpfe. Prag: vormittags: DFC gegen Victoria Zizkov, Meteor VII gegen Čechie Karlin (Reiferschaft). Nachmittags: Dalkah, Wien gegen Slavia, Meteor VII gegen Praha VII, Sparta Kollte gegen DFC. Čer., Dufelstly ČR gegen Slavov VII. — In Tepliz Union Zizkov gegen Teplizer FK, in Pilsen Meteor Vinohradly gegen Victoria Pilsen, in Brünn Jüdisches Ganteam gegen Westmährischer Gau, in Karlsbad Malo-

stransty ČR gegen DFC. — Im Wettkampf Dalkah, Slavia, welches heute 14.30 Uhr am Stadioplatz zur Austragung gelangt, tritt Dalkah mit dem früheren Maffabi-Brünn-Spieler Schwarz als Mittelstürmer an. Schwarz wurde bereits von Maffabi, sowie von seinem Verband für Dalkah freigegeben. Das Spiel leitet Schiedsrichter Hertel. — Sparta-Prag spielt heute in Wien gegen die Amateure.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 23, Kl. Bazar. 1923

Alle Lederräder überfährt man mit Leichtigkeit mit „Libenia“-Celluloid-Lederschwinge. Der Rad ist wie neu und fährt nicht ab. Erhältlich in allen Lederhandlungen. 1946

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch und Karl Kermel. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlagsanstalt, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.



Billiger Desinfektionsmittel

Das ist die Qualitätsmarke! Berson Gummiabsätze und Gummisohlen.



Das ist die Qualitätsmarke! Berson Gummiabsätze und Gummisohlen.



Ich bin eine große Verehrerin von TEEMARKE TEERKANNE

denn vor mir ich seine Güte und Feinheit zu schätzen weiß und ihn so eifrig trinkt, kann auch die Söldenbilder künstlerisch vorwerten

Bitte beachten Sie das Preisauschreiben in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

„Apcc“ und „Morrell“ Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33. Drabianschrift „Bostra“.

Kochendes Wasser + Kimi = ausgezeichnete Rindsuppe

HERREN-WASCHE Glockenmarke erstklassige Qualität. Für JOSEF FEIGL, FABRIK, PRAG-VRBOVICE.

Aufheben! Fortsetzung folgt! Direktor Logaus Bubi! AUGOL-Vertrieb Josel mladky, Reichenberg I. B.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!

Alle Bücher liefert rasch und billig die Buchhandlung Freiheit Tepliz-Šabnov.

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

Table listing fur prices: Pelze von Kč 330.-, Pelze von Kč 350.-, Pelze von Kč 750.-, Pelze von Kč 900.-, Pelze von Kč 2.500.-, Pelze von Kč 750.-, Pelze von Kč 550.-